

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Bauergewerksbundes

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge und Hilfsarbeiter in Maurern, Beton- und Erdbaubetrieben, in der Kachelofen- und Steinzeugindustrie, in Schichten- und Glaserien, für Gipser, Putzer, Stuckateure, Abputzwerker, Isolierer, Fliesenleger, Ofenbauer, Glaser aller Art, Steinholz- und Terrazzoarbeiter

Das Blatt erscheint wöchentlich Sonnabends
Monatsbezugspreis 1 Reichsmark (ohne Postgebühren)
Bestellungen nur durch die Post
Schluß des Blattes: Donnerstags mittags

Herausgegeben vom
Deutschen Bauergewerksbund
Hamburg 25, Wallstr. 1

Preis für Geschäftsanzeigen die zehngespaltene Millimeterzeile 1,25 M. Bei größeren Abhängigkeiten Rabatt, der nur als Kaszarabatt gilt.
Arbeitsmarkt die dreigespaltene Kleinzeile 3 M., Anzeigen der Bauergewerkschaften Zeile 50 M.

Hoch der 1. Mai! Hoch der Achtfundentag!

Es ist ein eigenartiger Zufall, daß am 1. Mai dieses Jahres, dem internationalen Weltfeiertag der Arbeit, das kürzlich im Deutschen Reichstag beschlossene Arbeitszeitnotgesetz Gesetzeskraft erhält. Ein Gesetz, das nach wie vor den Achtfundentag nur auf dem Papier zeigt und der ungebremsten Ausbeutung auch in der Zukunft Tür und Tor offenhält. Der Unwert dieses Gesetzes ergibt sich hinlänglich aus der Tatsache, daß ihm die Rechtsparteien im Reichstag, die Vertreter des Großagrarierturns und der Schwerindustrie, diese ausgesprochenen Feinde jedes Volkswortschritts und der Republik, zugestimmt haben, während es die Vertreter der Linken ablehnten. Dieses Gesetz ist ein Hohn auf die gemeinsamen Forderungen der Gewerkschaften zur Sicherung des Achtfundentags, ein Schlag ins Gesicht der klassenbewußten Arbeiterschaft, ein Frevel gegen die Wirtschaft, ein Vorstoß zur Verewigung der proletarischen Not, der ungeheuerlichen Arbeitslosigkeit. Und just an dem Tage, an dem dieses Machwerk Gesetzeskraft erhält, tritt das Arbeitsvolk zusammen, um seinen unerschütterlichen Willen kundzutun, nicht eher zu rasten, bis der Achtfundentag unbestrittenes Gemeingut aller Arbeiter der Welt ist, und von neuem die Stimmen zu erheben für den Ausbau der Sozialgesetzgebung und den Völkerrfrieden.

Zwei Welten stehen sich gegenüber. Auf der einen Seite die Vertreter des unbeschränkten Herrenrechts, die Nutznießer der unbeschränkten Volksausbeutung — auf der andern Seite die Vertreter des gleichen Menschenrechts und des Schutzes der menschlichen Arbeitskraft. Auf der einen Seite die Vertreter des Reichturns, der Geldackprivilegien, der persönlichen Selbstsucht — auf der andern Seite die Vertreter des ausgebeuteten Volkes, die Kämpfer für allgemeines Wohl und den Kulturfortschritt.

Zwischen beiden wogt der Kampf. Und dieser Kampf ist hart. Nur unter großem Widerstand haben die besitzenden Klassen Bastion auf Bastion ihrer Vorherrschaft aufgegeben. Noch immer halten sie mit verbissener Zähigkeit fest an den grundlegenden Pfeilern der Kapitalherrschaft. Noch immer herrscht die Ausbeutung, wenn auch in manchem eingeschränkt, so doch immer noch in der verderblichen, privatkapitalistischen Grundtendenz. Und heute steht der Kampf so, daß es in erster Linie um den Achtfundentag geht.

Millionen Arbeitslose nagen an Hungertuch der Erwerbslosenunterstützung. Die Rationalisierung hat sie von der Arbeit ausgeschlossen. Nichts läge vernunftgemäß näher, als die tägliche Arbeitszeit so zu beschränken, daß alle beschäftigt werden könnten. Doch die „Herren der Wirtschaft“ wollen das nicht. Die große Arbeitslosigkeit möchten sie als dauernde Einrichtung haben. Die große Reservearmee auf dem Felde der Arbeit ist ihnen willkommen als Lohnbrückmaschine. Wenn da einer nicht mehr für den künftigen Lohn arbeiten will, dann springt der Hungernde ein als Lohnbrückler. So bedingt die lange Arbeitszeit niedrigen Lohn, während verkürzte Arbeitszeit die Konkurrenz der Arbeitsbände einschränkt und den Lohn verbessert. Und das ist es, was die Unternehmer in erster Linie veranlaßt, mit allen Mitteln danach zu streben, die tägliche Arbeitszeit so viel wie möglich zu verlängern.

In zweiter Linie wird die Forderung verkürzter Arbeitszeit bekämpft, um die Arbeiterschaft vom Nachdenken, von der Bildungsarbeit, abzuhalten. Sie soll in die Tretmühle schwerer Arbeit

gepannt sein von früh bis spät, um sie fernzuhalten von wahrer Erkenntnis, von der Vervollkommnung ihres Wissens. Der dumme Arbeiter ist der genügsamste und willigste. Er entspricht am besten dem „Ideal“ der Krautjunker und Schlotbarone. Noch

Heraus zur Maienschau!

Sie halten fest an ihrem Salm, Die Herr'n vom Schlot, vom Bau und Halm: Das Arbeitsvolk muß festten Bei allerlängstem Hungerlohn, Bei allerlängstem Arbeitslohn — Nur dies kann uns erretten!

Es schreit sie nicht, daß dieser Spruch Geführt zu Not und Elendsfluch, Ihr Haß gilt den Proleten! Sie möchten deren Wirtschaftsmacht Mit Gücke und mit Niedertracht Zu drei zusammenkneten!

Gemacht! Die Rechnung hat ein Loch! Die Solidarität lebt noch, Und draußen grünt der Maien! Heraus, heraus zur Maienschau! Zur Heerschau alle, Mann wie Frau In dichtgeschlossnen Reihen!

Heraus, heraus wie Dosterschlag Zum großen Völkermänteltag! Laßt jedes feige Ducken! Schreit in ihr Antlitz Eure Not, Schreit in ihr Ohr den Schrei nach Brot Den Geldacksmantelucken!

Bekenn auf's neue, falsch und frei, Ob Elend auch, ob Krisis sei: Die trosten den Gewalten! Dag kommen, was da kommen mag! Die stehen zum Achtfundentag, Ihr wollen wir erhasen!

Achtfundentag! Gerechtes Lohn! Den Antedrückem Spott und Hohn Und ihrem seichten Schwägen! Die trosten kühn, zur Tat gestrafft, Geent durch der Gewerkschaft Kraft Dem feilen Mammonsgößen!

Frei auf, Du Proletariat! Es grünt die frühe Maiensaat, Sie kündet Entsetzen! Seid einig! Stürzt die Hyranne! Dann wird ein froher Völkermäntel Gebüßen allerwegen!

Eaef.

immer herrscht in diesen Kreisen die Auffassung jenes preußischen Kultusminister, der da sagte: „Das Volk soll nicht weiter unterrichtet werden, als es zu seiner Arbeit paßt . . .“

Um so größeren Nachdruck legen wir auf die Forderung verkürzter Arbeitszeit. Wir wissen den hohen ethischen, kulturellen und gesundheitlichen Wert der Arbeitszeitverkürzung zu schätzen. Sie ist nicht nur geeignet, ein auskömmlicheres Leben zu sichern und das allgemeine Wissen zu heben, sie bedeutet auch Volksgesundheit und verlängertes Leben. Der, dem lange Arbeitszeit das Schaffen zur Qual macht, wird schnell brüchig und hinfällig. Es fehlt ihm an freier Zeit, die gesunkene Lebenskraft wieder aufzurichten. Verkürzte Arbeitszeit aber schafft Zeit zur Erholung, zu Spiel und Sport, zur Stärkung der Glieder, zu erprießlicher Gesundheitspflege. Deshalb sind wir für die größtmögliche Verkürzung der täglichen Arbeitsdauer, zumal die Menschheit dies sehr gut ertragen kann angesichts der sich von Tag zu Tag steigenden technischen Fortschritte auf dem großen Gebiete der

Gütererzeugung, die die Maschine immer mehr in ihren Dienst zwingt, die in immer schnellerer und vollkommenerer Weise die Verbrauchsgüter fertigt, deren die Allgemeinheit zu ihrem Lebensunterhalt bedarf. Leider wird die Maschine den Menschen heute noch vielfach zum Fluche. Daran hat schuld die privatkapitalistische Gesellschaftsform, die die Besitzer der Maschinen veranlaßt, sie arbeiten zu lassen zu ihrem eigenen und nicht zu der Allgemeinheit Nutzen. Deshalb gilt unser Kampf auch dieser Gesellschaftsform, die wir ersetzen wollen durch die sozialistische, die die Maschine in den Dienst der Allgemeinheit zwingt. Dann wird diese Kulturerrungenschaft der Menschheit zum Segen und nicht mehr zum Fluche gereichen.

Deshalb, Ihr Männer und Frauen der Arbeit, demonstriert am 1. Mai kraftvoll und tatentschlossen für den Achtfundentag! Er ist Etappe auf dem Wege zur gesellschaftlichen Vollkommenheit. Wir brauchen ihn aus den hier genannten Gründen. Und diese Verpflichtung am 1. Mai auf den Achtfundentag sei kein Lippenbekenntnis. Dahinter muß stehen der Wille zur Tat. Meidet jede Leberstunde! Laßt es genug sein bei acht Stunden Arbeit! Seid einig im Wollen und Handeln, dann werdet Ihr es durchsetzen, daß der Achtfundentag Gemeingut wird trotz aller Arbeitszeitnotgesetze! Und wenn Ihr den Achtfundentag erkämpft habt, dann wollen wir weitersehen. Denn das Rad der Zeit steht nicht still, der Achtfundentag ist nicht Endziel, sondern nur Etappe.

Hoch der Achtfundentag! Und nimmer dürfen wir nachlassen in unserer Forderung auf Ausbau der Sozialgesetzgebung, in dem Willen zur Aufrechterhaltung des Völkerrfriedens, im Streben für die Freiheit der Menschheit, die nur gedeihen kann im Lichte des Sozialismus, der der Ausbeutung der großen Masse durch einige Wenige ein Ziel setzt und an diese Stelle setzt die Gemeinamkeitsarbeit zum Wohle des Ganzen. Dafür stehen wir ein, dafür erheben wir unsere Stimmen am ersten Maientage. Und wir werden unsere Forderungen durchsetzen, und zwar um so früher, als wir in die Waggchale dieses gigantischen Kampfes die geschlossene Arbeitermacht werfen können. Darum seid einig! Steht zu Eurer Gewerkschaft! Steht zum Sozialismus! Seid Freiheitskämpfer, zur Tat gestrafft und das Ziel im Auge! Dann werdet Ihr erringen, wofür Ihr am ersten Maientage eintretet. Und dann werden der Menschheit hellere Sterne leuchten!

Maientag ist Blütentag, geboren nach Winternacht und Lenzesbrausen. Blütenkranz nicht von den Vämen, hellgrünes Laub schimmert freundlich in Busch und Hag. Fleißige Bienen umschwärmen, kandelnde Schmetterlinge umhosen das Blütenmunder der neuerwachten Natur und aus blauen Klüften jubelt lebensfreudiger Lerchenschlag. Das ist so recht die Zeit, Maientag zu halten. Deshalb heraus aus engem Gemäuer und niedriger Hütte, heraus zur Maifeier! Heraus zur Maientag! Auf weiten, grünen Matten erschalle der millionenfache Ruf: Für den Achtfundentag! Für den vollkommenen Schutz der wirtschaftlich Schwachen! Für Völkergedeihen und Völkerrfrieden! Für Kulturfortschritt und Völkerrfreiheit! Dafür tretet ein in Wort und Tat, auf daß sich erfülle das Goethewort:

Sold' ein Gewimmel möcht' ich seh'n:
Auf freiem Grund mit freiem Volk zu steh'n!

Der Arbeiter und die Arbeitszeiffrage.

Bei den politischen und gewerkschaftlichen Kämpfen um die Verkürzung der Arbeitszeit, die als das wirksamste Mittel zur Verringerung der Arbeitslosigkeit und Erhöhung der Löhne anerkannt werden muß, ist es nicht überflüssig, wenn man das Verhalten des einzelnen Arbeiters zu dieser Frage einer Betrachtung unterzieht. Und da muß man bei vielen Arbeitern eine erschreckende Interesselosigkeit an dieser für am allermeisten angehenden Frage feststellen. Suchen wir den Ursachen nachzuspüren, die zu einer solchen bedauerlichen Interesselosigkeit führen.

Der in seinen besten Lebensjahren stehende Arbeiter — nur solche werden heute in der Hauptsache noch neben den Lehrlingen beschäftigt — hat zwei Möglichkeiten, um sein Einkommen zu erhöhen. Entweder er verwendet seine Energie dazu, um durch Förderung der gewerkschaftlichen Macht den Unternehmer zu einer besseren Bezahlung zu zwingen, oder aber er wählt den früheren, unermühten, aber ihm für einen persönlichen Vorteil schneller erscheinenden Weg: er arbeitet länger oder im Akkord.

Freilich ist es richtig, daß beispielsweise 9 mal 80 3 mehr sind als 8 mal 80 3. Was trifft jedoch nur zu für den, der seinen Kräfteverbrauch für die neunte Arbeitsstunde nicht in Rechnung stellt. Denn abgesehen von dem größeren Lebensmittel- und Kleiderverbrauch läßt er auch auf Kosten seiner Gesundheit und schaltet sich demgemäß früher vom Erwerb aus. Doch damit sind die schädlichen Auswirkungen eines solchen leichtsinnigen Handlungsweises nicht erschöpft. Durch den auf diese Art erhöhten Verdienst schwächt sich das Bestreben nach einem höheren Stundenlohn. Der Lohn selbst aber wird durch Preissteigerung entwertet, und bald ist der Zustand erreicht, daß der Arbeiter für 9 Stunden Arbeit relativ nicht mehr erhält, als für 8 Stunden Arbeit. Gleichzeitig sorgt so ein „Arbeitsamster“ auch für die Ausschaltung anderer Kollegen vom Produktionsprozeß. Dies drückt wiederum auf seinen Lohn, schließlich geht auch bei ihm die Arbeit schneller zu Ende und er selbst wird früher erwerbslos.

Da muß sich unwillkürlich die Frage aufwerfen, ob sich nicht durch die fortschreitende Technisierung, das Maschinenmäßige der Arbeit, die Leberanstrengung derartig steigert, daß auch der letzte Arbeiter gezwungen würde, auf eine solche Art der „Einkommenserhöhung“ zu verzichten und die weitere Verkürzung der Arbeitszeit zu betreiben. Einzelforderungen würden sich dann zur allgemeinen, organisierten Willensschöpfung zusammenballen, die ein Arbeitszeitgesetz zur Folge hätte, das dann nicht nur auf dem Papier stünde. Dies wäre wohl auch schon der Fall, wenn alle Arbeiter in gleichem Maße durch die Maschine in die einseitige Fremdmühle der Arbeit gezwängt wären. Es gibt aber in manchen Gewerben eine Reihe von Möglichkeiten, in denen die Maschine den Menschen körperlich entlastet und damit zu einer Verlängerung der Arbeitszeit verlockt.

Betrachten wir das im Baugewerbe. Ein Steinträger, der die Steine bis in den vierten Stock tragen muß, oder ein in die Löhre zum Aufladen gestellter Erdarbeiter käme jedenfalls nicht auf den Gedanken, die Arbeitszeit freiwillig zu verlängern. Daß heute jedoch sogar die Abwehr solcher Bestrebungen sowie ein Hinweis auf deren Entstehung notwendig ist, soll nachfolgendes Beispiel beweisen.

Der Kies für den Bau des Wasserstoffes am Waldenseekraftwerk wurde auf seinem langen Weg durch verschiedene Transportarten unterworfen. Durch einen Schwimmbagger wurde er aus dem Loischbett in Schleppkähne geschöpft, in diesen über den Koshelsee befördert, um dann mit einem Elevator in einen Kleinbahnzug umgeladen zu werden, der ihn dann an den Fuß des Kesselberges brachte. Dort wurde er in die Wagen der Seilbahn gekippt, mittels der er zur Baustelle in ein Silo befördert wurde. Dieses Silo speiste die Betonmischmaschinen, die dann den Aufgängen auf das Gerüst gebracht, wurde die Masse in die Gießröhren gekippt und ließ erst kam sie mit der Menschenhand, das heißt, mit der Schaufel, in Verührung. Rund 15 Mann waren es, die hier am Ende der Kette, in den Schaltungen eingang, oft von der Site geplagt, unausgesetzt den immer wieder von neuem die Gießröhren herunterstehenden Beton verteilen und stampfen mußten. Daß ihre Arbeitskraft auf das äußerste ausgenutzt wurde, beweist die Tatsache, daß viele von ihnen nicht mehr mitmachten und diese Arbeit aufgaben.

Während nun diese 15 Mann selbst in der Aussicht auf einen geringeren Verdienst leicht zu einer Verkürzung der Arbeitszeit zu bewegen gewesen wären, war bei den anderen rund 60 am Transport beteiligten Leuten eine entgegen gesetzte Einstellung vorhanden. Sie hatten ja nur Hebelgriffe zu machen oder den Rollwagen hin- und herzuführen. Nur der wachsamsten Betriebsvertretung und einer guten Organisation war es zu verdanken, daß die Leberstundenbestrebungen der Betriebsleitung erfolglos blieben und damit auch die am Ende der Kette befindlichen Arbeiter vor noch größerer Ausbeutung und Anstrengung geschützt wurden. Und solche Beispiele wird man überall antreffen.

Wo eben die Mehrheit der Beschäftigten eine körperliche Entlastung durch die Maschine erfährt, dort fehlt in der Regel die Triebkraft für die Forderung nach verkürzter Arbeitszeit. Aber auch das natürliche Streben der tatsächlich durch die Maschine mit Arbeit überlasteten wird heute durch das Leberangebot von Arbeitskräften abgedrosselt. Der Leberfluß von Arbeitskräften ermöglicht eine beliebige Auslese. Der bei schwerer Arbeit Aufgebrauchte oder gar Zusammengebrochene kann durch eine frische Kraft ersetzt werden.

Aus solchen Gründen erklärt sich die mangelhafte Anteilnahme des einzelnen Arbeiters an der Arbeitszeiffrage. Daraus ergibt sich, daß die Propaganda für diese wichtige Frage mehr eine Erziehungsaufgabe sein muß. Während sich früher die Solidarität mehr aus der gleichmäßigen Bedrückung der Arbeiter ergab, gilt es heute, den Arbeiter zur überzeugten Solidarität, zum wirtschaftlichen Denken in weiterem Sinne zu erziehen. Was ist ungleich schwieriger als früher. Aber ein anderer Weg, um die gesamte Volkswirtschaft schädigende tieflge Erwerbslosen-

ziffer zu verringern oder gar aufzuheben, ist nicht vorhanden. Selbst ein einigermaßen annehmbares Arbeitszeitgesetz könnte da wenig helfen, wenn nicht die, denen es als Schutz gelten soll, den ernstlichen Willen haben, das Gesetz durchzuführen, zumal wie die Einstellung der Mehrzahl der Richter in solchen Streitfragen vollauf kennengelernt haben.

Ohne die lebhafteste Propaganda unter dem wahren Schlagwort: „Arbeitszeifverkürzung ist Verhebung der Arbeitslosigkeit“, oder: „Der Nutzen der Verbilligung der Produktion durch die Technisierung und Rationalisierung darf nicht allein den Unternehmern, er muß dem ganzen Volk zugute kommen“, werden wir deshalb in der Arbeitszeiffrage nur schwer vorwärts kommen. Hierzu mahnt auch die von den Arbeitssachverständigen beauftragte Trautige Tatsache, daß die allermeisten Erwerbslosen im Alter von unter 22 oder von über 55 Jahren stehen. Abgesehen von den stiftlichen und moralischen Gefahren, denen diese vom Produktionsprozeß ausgeschlossenen Volksgenossen unterworfen sind, sind sie zugleich in weitgehendem Maße als Käufer ausgeschlossen. Sie sind ein dauernder Lohndruckfaktor und bedrohen damit die Kaufkraft der Arbeitenden.

Mit der Tatsache, daß die Erwerbslosigkeit alle Arbeiter drückt, ist die Grundlage zu einer solchen Erziehungsarbeit gegeben und damit auch die Wichtigkeit der Arbeitszeifverkürzung für den Arbeiter sowohl als für die ganze Volkswirtschaft nachgewiesen. Unter Hauptaugenmerk muß also darauf gerichtet sein, in Wort und Schrift in dieser Frage erzieherisch zu wirken. Das wird eine der vornehmsten Aufgaben der Gewerkschaft sein müssen. Und so kommen wir durch die Organisation zur Erziehungsarbeit der Mitglieder und damit zu besseren wirtschaftlichen Zuständen. Was beweist aber, daß wir ohne Gewerkschaft niemals Fortschritte erreichen können. Darum bleibt die Organisation der Jugend aller Aufklärung und des wirtschaftlichen Aufwärtstretens der Arbeiterklasse. A m b e d.

Planmäßige Aufklärungsarbeit im Bauarbeiter-

schuß.

Die am Bauarbeiterfluß interessierten Arbeiterverbände haben sich wiederholt mit der starken Anfallschüchtheit im Baugewerbe befaßt; sie haben an die zuständigen Stellen im Reich und in den Ländern Forderungen gerichtet, die geeignet waren, die Anfallschüchtheit einzuschränken. Nicht allen Forderungen der Gewerkschaften wurde entsprochen. Das preußische Wohlfahrtsministerium hat zwar verschiedentlich Anweisung an die nachgeordneten Stellen ergeben lassen, wonach die Anstellung von Baukontrollleuten gefördert werden soll. Leider handeln die unteren Stellen nicht so schnell im Sinne der Anweisungen, die von der vorgesetzten Dienststelle kommen. Der Fluß des Lebens und der Gesundheit der baugewerblichen Arbeiter macht es aber dringend erforderlich, daß die Regierung die Wünsche der Gewerkschaften berücksichtiglich. Schon auf den Konferenzen der Baukontrollleute und der Vertrauensleute der baugewerblichen Organisationen, die im vorigen Jahre in den verschiedenen Teilen des Reiches stattfanden, wurde in einer Entscheidung zum Ausdruck gebracht, daß schon die Jugend mit den Schutzvorschriften vertraut gemacht werden müßte. Es wurde gefordert, daß in den Berufs-, Fortbildungs- und Gewerkschaften Unterricht über Bauarbeiterfluß erteilt werden müßte. Leider scheinen die Behörden die Wünsche der Gewerkschaften in dieser Beziehung nicht zu berücksichtigen. Wohl wird an einzelnen Schulen derartige Unterricht erteilt; die Zahl der Unterrichtsstunden ist jedoch durchaus ungenügend.

Die Bauarbeiterverbände haben nunmehr in einer Eingabe an die Regierungen der Länder die Einführung des Lehrlings „Bauarbeiterfluß“ an den Baugewerks-, Berufs-, Gewerbe-, Fortbildungs- und technischen Hochschulen verlangt. In der Eingabe wird mit besonderem Nachdruck auf die Bedeutung und die Notwendigkeit der Aufklärung und Belehrung der jugendlichen Arbeiter, der Lehrlinge, der Bauhilfen und der Studierenden der technischen Hochschulen über die Berufsgesfahren im Baugewerbe hingewiesen und die Ministerien werden ersucht, schon zu Beginn der neuen Unterrichtsperiode an den in Frage kommenden Schulen den Arbeiterfluß als obligatorischen Unterrichtsfach einzuführen. Die Verbände schlagen vor, allmonatlich wenigstens 2 Unterrichtsstunden einzuführen und folgende Gebiete zu behandeln:

1. Einführung in das Gebiet des Bauarbeiterflußes.
2. Behandlung und Bearbeitung der gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Bauarbeiter.
3. Die Unfallverhütungsvorschriften der Berufsgenossenschaften.
4. Der Anfallschüch an Bau- und Holzbearbeitungsmaschinen.
5. Erstellung und Konstruktion der Gerüstbauten.
6. Die Aufgaben der Aufwachtsbeamten der Berufsgenossenschaften und Baukontrollleute bei der Bekämpfung der Unfallgesfahren im Baugewerbe.
7. Erste Hilfeleistung bei Unfällen.

Die an sich sehr geringen Kosten, die durch die Verwirklichung dieser Vorschläge entstehen, dürften durch eine Verminderung der Zahl der entschädigten Unfälle reichlichen Zins fragen. Im Interesse des Schutzes des wertvollsten Gutes der Volkswirtschaft, der Arbeitskraft, wäre es dringend erwünscht, wenn das Ministerium veranlassen würde, das in Kürze die Einführung des Stoffgebietes „Bauarbeiterfluß“ in die Lehrpläne der in Frage kommenden Schulen angeordnet würde.

Wir hoffen, daß die Regierungen der Länder diesem Wunsche der baugewerblichen Organisationen entsprechen. Die Bekämpfung der Unfallgesfahren ist nicht zuletzt eine Frage der Erziehung im Sinne der richtigen Anwendung der Vorschriften und Verbordnungen. Bei dieser Erziehungsarbeit sollten schon die Schulen mitwirken, zumal die geringen Aufwendungen, die für diesen Zweck gemacht werden, in gar keinem Verhältnis stehen zu den Erfolgen, die bei planmäßiger Aufklärungsarbeit über die Berufsgesfahren und deren Bekämpfung erzielt werden können.

Geldüberfluß und Arbeiterfluß.

Die Geldfülligkeit ist ein charakteristisches Zeichen der gegenwärtigen Wirtschaftslage. In allen Ländern ist Kapital genügend vorhanden. Am eigenfünftlichsten ist der Geldüberfluß in Deutschland. Vor noch nicht langer Zeit herrschte hierzulande eine große Kapitalknappheit. Sie wurde allgemein als die Ursache der Krise des deutschen Wirtschaftslages angesehen. Diese Geldknappheit hat ein Gutes zutage gebracht; überall, sowohl in der Industrie als im Handel, hat sie die starken Lagerverräte rasch vermindert. In der Vorkriegszeit war es üblich und galt als ein Grad von solider Geschäftsführung, recht große Lager in Rohstoffen, Halbfabrikaten und Fertigungsgütern zu haben. Der Krieg und die Inflationsperiode mit ihrem großen Hunger nach Sachwerten hat diese Tendenz noch wesentlich verstärkt. Jeder Geschäftsmann suchte mit allen Mitteln sein Lager zu vergrößern. Es war ein Verdienst des jetzigen Reichsbankpräsidenten, daß er mit einer künstlichen Verknappung des Geldmarktes im Frühjahr 1924 den ersten Anstoß zur raschen Lagerdämmung gab. Am flüssiges Geld zu bekommen, waren Industrie, Handel und Landwirtschaft genötigt, ihre Warenbestände abzuverkaufen. Dieser Brauch, wirtschaftlich von der Hand in den Mund zu leben, ist in Amerika schon lange üblich und wird auch in Deutschland von nun ab die Regel bilden.

Die Flüssigkeit des deutschen Geldmarktes hat zum Teil in dieser wesentlch verringerten Lagerhaltung ihre Ursache. Das reichliche Geldangebot und die großen Kapitalmassen, die den Banken gegenwärtig zur Verfügung stehen, sind jedoch so groß, daß sie nicht allein aus dem bisher Gesagten zu erklären sind. Man hätte es noch im vorigen Jahre nicht für möglich gehalten, daß der Privatbankrott lange Zeit hindurch unter dem letzten Friedensjahre liegen könnte. Seit dem Juli 1926 ist dies der Fall. Geld ist also heute am privaten Geldmarkt billiger zu bekommen, als in den letzten Jahren unmittelbar vor dem Kriege.

Es dürfte kein Zweifel bestehen, daß der heutige Umfang der Produktion dem der Vorkriegszeit nicht nachsteht. Es gibt Industrien, wo die Ergebligkeit der Produktionsfaktoren, vor allem der Arbeitskraft, viel höher ist, als in der Vorkriegszeit. Wir brauchen nur an den Kohlenbergbau, an die Eisen- und Stahlgewinnung, an den Maschinenbau, an die chemische Großindustrie zu erinnern. Diese Vermehrung der Produktion ist bekanntlich ohne eine nennenswerte Vermehrung der Arbeiterzahl, teilweise sogar mit einer wesentlch verringerten Beschäftigung möglich geworden. Auch die Produktionsstätten, Betriebe und Werke sind an Zahl nicht größer, sondern wesentlch geringer geworden. Die Ergebnisse der Konzentration des Kapitals und der Unternehmungen und vor allem die Auswirkungen der Rationalisierung haben hierzu beigetragen. Es ist nun erklärlich, daß eine verringerte Zahl von Produktionsstätten weniger Kapital benötigt als die Vielzahl der überflüssigen Betriebe.

Aber noch eine andere Folge hat die Rationalisierung bezüglich der Kapitalfülligkeit gehabt. Da ist vor allem der Materialverbrauch viel sparsamer als die früheren Produktionsmethoden. Die bereits erwähnte geringere Lagerhaltung kommt dazu. Würde sich die Rationalisierung nun noch in einem starken Maße der Preise auswirken, wie dies beispielsweise in Amerika der Fall war, dann würde die Kapitalfülligkeit noch größer werden. Die Steigerung des Absatzes, die Auswirkungen der Rationalisierung bewirken ein Fallen der Produktionskosten zur Produktionsleistung. Somit finanziert sich die Konjunktur zum größten Teile selbst. Die Industrien sind weniger genötigt, Bankkredite und anderes in Anspruch zu nehmen. Je mehr die Konjunktur sich belebt, je besser die Anlagen ausgenutzt werden, um so günstiger werden die finanziellen Ergebnisse, um so größer wird die innere Kapitalanreicherung der Industrie und des Handels.

Der Kapitalüberfluß gilt, wie wir einleitend bemerkten, eine internationale Erscheinung. Es sind international dieselben Ursachen, die wir bei Deutschland bereits gesehen haben. Hinzu kommt aber noch, daß der Weltmarkt kleiner ist, als in der Vorkriegszeit. Vorläufig ist die Handelsstätigkeit in den meisten Staaten noch verhältnismäßig gering. Der gesamte Außenhandel (Ein- und Ausfuhr) von Deutschland, England, Schweden, Schweiz, Holland, Amerika, Kanada, Südamerika, Australien, Neuseeland, Japan und anderen Ländern war im Jahre 1926 wertmäßig geringer als im Vorjahre. Wenn zum internationalen Warenumschlag weniger Kapital benötigt wird, dann dürfte es nicht verwunderlich sein, daß die Geldfülligkeit in anderen Ländern größer ist. Hinzu kommen aber noch die internationalen Auswirkungen der Rationalisierung der Produktion und des Handels.

Die internationale Geldfülligkeit liegt aber auch noch an der technischen Weltverfassung. Trotz des eher geringeren Warenumschlages und trotz sinkender Preise auf dem Geldmarkt ist der Geldumlauf in den wichtigsten Industrieländern nicht geringer, eher noch höher als vor dem Kriege. Bekanntlich bildet der Goldstandard umlauf nur noch in wenigen Ländern die Regel. Die wertbeständige Note ist zum gangbaren Zahlungsmittel geworden. Der Verkehr ist entgoldest worden. Bekanntlich ist Europa vom Gold entblüht, dagegen Nordamerika goldreich geworden. Der Goldbestand der USA beträgt zur Zeit 4600 Millionen Dollar. Gegen April 1926 bedeutete dies eine Zunahme von 100 Millionen Dollar. Wollten die europäischen Länder so viel Gold in den Verkehr leisten, wie in der Vorkriegszeit, dann reichten die vorhandenen Vorräte keineswegs aus. In Deutschland waren vor dem Kriege 2750 Millionen Mark Goldes im Verkehr. Wäre die Reichsbank gezwungen, den Umlauf von Goldmünzen wieder in diesem Umfange herbeizuführen, dann würde sie zur Deckung ihres Notenbestandes wenig Gold mehr zur Verfügung haben. Der Goldmangel hat dazu geführt, daß in fast allen Ländern Europas die Entgoldestung des Geldmarktes von den Goldmünzen hat die Geldverfüllung nicht unbeeinträchtigt verfrachtet.

Alle diese Umstände haben dazu beigetragen, daß in allen Ländern Geld genügend vorhanden ist. Geld und



Die kapitalistische Internationale.

Menschen — das waren und sind in der kapitalistischen Produktion die Faktoren, die miteinander vereinigt werden müssen, um den Lebensbedarf der Menschen zu befriedigen. Wie wir gesehen haben, gibt es überall freies Kapital genug. Vorhandene Arbeitskräfte ebenfalls. Genügend stehen davon noch in Reserve. In Europa beträgt auch heute noch die Arbeitslosenarmee 5 bis 6 Millionen. Diese Massen schreien nach Arbeit. Geld wäre genügend vorhanden, die freilegenden Arbeitskräfte in den Produktionsprozess einzuschalten. Der Warenmarkt könnte wesentlich erweitert werden, wenn überall die nötige Kaufkraft vorhanden wäre. Die geringe Kaufkraft der breitesten Volksmassen beengt den Warenmarkt.

Der Lebensstandard der Hand- und Kopfarbeiter könnte also eine wesentliche Steigerung erfahren. Rohstoffe, Geld und alle Erfordernisse, die Produktion zu erweitern, sind unmittelbar greifbar vorhanden. Nur eins hindert bei alledem, und das ist die Desorganisation der kapitalistischen Wirtschaft. Gerade die jetzt beobachtete große Geldlosigkeit ist ein Beweis dafür, daß diese Wirtschaftsordnung gewaltige Mängel aufzuweisen hat. Und hier scheint die große Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung zu liegen. Gelänge es den Gewerkschaften, den Volksmassen in allen Ländern eine gesteigerte Kaufkraft zu verschaffen, dann muß sich diese unmittelbar auf die Konjunktur auswirken. Die Produktion käme dann in Gang. Der Radius der Wirtschaft würde erweitert, die brachliegenden Kapitalmassen kämen in die Zirkulation und jeder große Uebelstand, daß Geld und Menschen in großem Umfange beschäftigungslos sind, wäre beseitigt. Würden keine Gewerkschaften bestehen, müßten sie gegründet werden; denn nur sie handeln folgerichtig im Sinne einer stabilen Wirtschaft. Da aber die Gewerkschaften nur erst einen Teil der Arbeiter, Angestellten und Beamten erfassen, ist deren Wirkungskraft nicht uneingeschränkt gebündelt. Und hier muß die Tätigkeit jedes einzelnen einleiten!

Arbeitslosigkeit und deren Bekämpfung in Sowjetrußland.

Von Arthur Koch, Miesbach.

Von einer Wirtschaftskrise in Rußland kann man eigentlich nicht sprechen, da die russische Industrie nur erst 25% des Inlandsbedarfes zu erzeugen vermag. Trotzdem ist die Arbeitslosenzahl seit 1924 konstant geblieben. Die russischen Behörden geben heute die Zahl ihrer Arbeitslosen mit 1 Million an. Wer diese Zahl kritisch liest, wird zu der Ansicht kommen, daß die Zahl in dem riesigen Rußland mit seinen 195 Millionen Einwohnern gegenüber den Arbeitslosenzahlen in anderen Ländern sehr gering ist. Dennoch herrscht in Rußland weit größere Arbeitslosigkeit als bei uns. Die offiziellen russischen Zahlen sind nur deshalb so niedrig, weil sie nur die registrierten Arbeitslosen enthalten. Die Millionen Arbeiter, bei denen die Voraussetzungen für den Bezug der Arbeitslosenunterstützung fehlen, werden nicht gezählt. Gerade sie aber sind es, die den weitaus größten Teil der Arbeitslosen bilden.

Rußland ist ein Agrarland, 90% seiner Einwohner sind Bauern. Die Bauern werden in Rußland in drei Klassen eingeteilt: die „Kulaken“ oder Dorfsreichen (4%), die Mittelbauern, einem deutschen Bauer ähnlich (64%) und die armen Bauern (Dorfarmen) (32%). Diese letzteren haben wohl auf Grund des Agrargesetzes das sich nach der Personenzahl des Haushaltes richtende nötige Land erhalten, sind aber nicht in der Lage, das ihnen zugewiesene Land auch nur teilweise zu bebauen. Sie müssen in den meisten Fällen sogar noch bei den Kulaken und Mittelbauern Wohnungen mieten, ein ganz geringer Prozentsatz von ihnen nennt ein Haus aus Lehm sein eigen. Stallungen besitzt fast keiner; auch Nutz- und Arbeitsvieh ist nicht vorhanden. Zur Bearbeitung des Landes fehlen die landwirtschaftlichen Maschinen, auch fehlt die nötige Ausrüstung. Diese Leute sind deshalb gezwungen, ihr Land an Kulaken und Mittelbauern zu verpachten, bekommen aber dafür nur ein Spottgeld. Die Frauen dieser Bauern verdienen sich an die Kulaken, sie selbst aber gehen zur Stadt, in der Hoffnung, dort Arbeit zu finden. Daß die Landflucht nicht gering ist, geht daraus hervor, daß jährlich 1 300 000 Bauern in die Städte ziehen. Aber auch hier winkt ihnen kein besseres Los, denn die Arbeitslosen der Stadt warten auf jede freie Stelle. Da diese Bauern restlos gewerkschaftlich unorganisiert sind, ist es ihnen überhaupt nicht möglich, eine etwa freierwerbende Stelle zu erhalten. Nach dem „Gewerkschaftlichen Bulletin Nr. 10 des Zentral-

rates der Gewerkschaften der U. d. S. S. R.“ ist konsequent darauf zu achten, daß nur die Mitglieder der Gewerkschaften eingestellt werden. Allerdings ist das bisher schon stets von den Betriebsräten, die über Arbeitereinstellungen entscheiden, befolgt worden. Mit dieser Bestimmung ist aber allen Arbeitern, die ihr Brot in der Stadt zu finden hoffen, jede Arbeitsstelle schon im voraus genommen. Einer Gewerkschaft beizutreten, ist ihnen völlig unmöglich, weil sie ohne ausreichende Geldmittel zur Stadt kommen, und weil in Rußland nur der der Organisation beitreten kann, der Arbeit hat und nicht der, der arbeiten will.

Um in den Genuß der staatlichen Arbeitslosenunterstützung zu kommen, muß man ferner, wenn man gewerkschaftlich organisiert ist, dem Arbeitsamt nachweisen, daß man ein Jahr ununterbrochen in einer der Industrien Sowjetrußlands gearbeitet hat. Gehört man aber keiner Gewerkschaft an, so muß man eine zweijährige ununterbrochene Arbeit nachweisen können. Diese Arbeit muß in der Industrie gewesen sein, da die Bauern ihre Arbeiter nicht gegen Arbeitslosigkeit bei der Sozialversicherung versichern. Die städtischen Arbeiter werden in den meisten Fällen diesen Nachweis führen können, aber keiner der in die Stadt „fliehenden“ Bauern. Sie werden deshalb nicht registriert, erhalten auch keine Unterstützung, sondern werden einem Pfst zugewiesen, falls es nicht schon bestet ist. Dann bleibt ihnen nur noch ein Weg — zu betteln. In den Straßen der Städte steht man sie; abgehärmte, ausgehungerte Gestalten. In der Mitte des Bürgersteiges steht man sie mit dem Hut in der Hand. Und nur wenige geben. Sie können nichts geben, da sie auch nur das Nötigste haben.

Dreiteilung des Tages.

Acht Stunden Arbeit! Wenn der Arbeit Schaar Mit Fleiß, stets emsig schaffend, tätig war, Dann soll und muß ihr die Vernunft gebieten, Zu ruhen, um des schlichten Lebens Wästen Zu pfücken, um gesund sich zu erhalten, Des Lebens Sinn harmonisch zu gestalten!

Dazu gehört Erholung auf acht Stunden! Nur solcherweise kann der Leib gesund Und sich gesund erhalten. Spiel und Sport, Naturergehen, Westbildung, freies Wort, Gesundheitspflege, freie Kunstentfaltung: Das ist der Weg zur Menschheitskraftstärkung! Acht Stunden Schlaf! Sie bilden die Ergänzung Vernunftgemäßer Lebensartungrenzung! Der Körper schläft, mit ihm ruht auch der Geist. Dies schafft von neuem Kraft. Und morgens preist Der Mensch den jungen Tag. Voll Mut, mit hellem Blick Kehrt kraftgeschwächt zur Arbeit er zurück!

So soll es sein! Und immer, Tag um Tag, Durchdröhne Euren Sinn wie Hammer Schlag: Des Lebens Tag, durch diese drei geteilt, Er ist es, der das Leben glücklich teilt Zu lebensfroher harmonisch höher Rundung Und aufwärts führt zu echter Volksjungung! Zaeh.

So kommt es, daß Rußland nur 1 Million Arbeitslose hat. Es wird verschwiegen, daß die 1 300 000 Bauern, die jährlich zur Stadt ziehen, ebenfalls die Arbeitsämter belagern. In Wirklichkeit dürfte Rußland heute mindestens 3 Millionen Arbeitslose haben. Da Ptkow erklärt hat, daß der Menschenstrom zur Stadt ständig anschwillt, wird auch die Zahl der Arbeitslosen wachsen.

Diese Gefahr ist auch bereits in Rußland erkannt; dies geht aus den Maßnahmen hervor, die im „Gewerkschaftlichen Bulletin“ veröffentlicht werden. Das Typische daran ist, daß auch die Rußen als erstes die Unterstützung heraufgeholt haben. Typisch deshalb, weil unsere Kommunisten eine solche Maßnahme in Deutschland als belanglos erklären und Arbeit verlangen. Aber was Moskau macht, ist stets richtig; machen wir dasselbe, so ist es verkehrt. Höchste Zeit war es aber auch, die Unterstützung zu erhöhen. Leider wird nicht gesagt, um wieviel Prozent die Unterstützungssätze heraufgehoben wurden; ich muß deshalb die Sätze verwenden, die uns in Rußland vom Referenten für Sozialversicherung genannt wurden. Auch hier tritt wieder der ungeheure Gegensatz zwischen den gelernten und ungelernten Arbeitern hervor. Der gelernte Arbeiter erhält — wenn die Voraussetzungen für den Bezug erfüllt sind — monatlich 18 bis 27 Rubel Unterstützung (8 Kinder und mehr Höchstsatz) während der ungelernete monatlich nur 14 bis 21 Rubel erhält. Gehört der Arbeitslose einer Gewerkschaft an, so erhält er von dieser auch noch eine Unterstützung, je nach der Höhe des inzwischen angesammelten Fonds. Sie darf aber nie 6 Rubel monatlich übersteigen. Außerdem ist die Dauer der Unterstützung enger begrenzt als in Deutschland; sie wird höchstens für 6 Monate gewährt. Ist der Arbeitslose ausgesteuert, so hat er für weitere 6 Monate keinen Unterstützungsanspruch, kann aber dann wieder 6 Monate Unterstützung beziehen. Maßgebend sind die von mir genannten Sätze nur für Leningrad und Moskau. In der Provinz werden sie um viele Prozent geringer. In der Stadt Omsk betrug der Höchstsatz nur 10 Rubel, in Nowosibirsk nur noch 8,75 Rubel monatlich. Die einzelnen Abstrufen haben wir nicht erfahren können. Die russische Arbeitslosenversicherung ist dürftig; wie viele Rußlandbelegierte befristigen, erhält dort der Arbeiter nur monatlich das, was bei uns wöchentlich gezahlt wird. Sollten inzwischen tatsächlich die Unterstützungen erhöht sein, was aber zu bezweifeln ist, da sonst die Rußen den Prozentsatz mitgeteilt hätten, so wird diese Maßnahme natürlich die Arbeitslosigkeit absolut nicht vermindern.

Eigenartig ist die letzte Maßnahme zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die auch in demselben Bulletin veröffentlicht wird. Ich habe bereits gesagt, daß nach An-

gabe des Zentralrates der Gewerkschaften jährlich 1 300 000 Bauern zur Stadt ziehen und nach dem Referat von Ptkow dieser Strom sogar noch zunimmt. Jetzt schlägt der Zentralrat der Sowjetregierung vor, Maßnahmen zur Steigerung der Ueberlieferung der Bauern vorzunehmen, da die Bevölkerungsdichte in einzelnen Teilen der U. d. S. S. R. außerordentlich verschieden ist. So gibt es im asiatischen Rußland, in Sibirien und im fernen Osten sehr große Landflächen, die wenig oder fast gar nicht bevölkert sind. Aber wenn heute schon die Bauern ihre Hungergeizhäh im Dorfe aufgeben und sie mit einer schlechteren und ungewisseren in der Stadt verkaufen, so glaube ich als richtig voraussetzen zu dürfen, daß sie nie und nimmer in eine Gegend Rußlands gehen werden, wo sie den Boden erst urbar machen müssen. Dann hätten sie den Boden erst urbar können, wo sie ihr Land hatten. Aber wenn sie dort schon keine Maschinen und kein Vieh hatten, um das Land nutzbar zu machen, wieviel schwerer würde es erst sein, von vorne anzufangen und aus einem Uebelstand blühende Kornfelder zu schaffen. Mit den vorrussischen Ackergeräten, die die Uräter in Rußland hatten und die heute noch in Gebrauch sind, zu arbeiten, wäre genau dieselbe Schinderei wie unter dem Zarismus und der früheren Leibeigenschaft.

Gerade in dieser Frage vermag Rußland vollständig. Wenn — nach dem Bulletin — die Unterstützung und deren Höhe von der Qualifikation und Berufsdauer abhängt, so ist das ein Staat, der innerhalb der Arbeiterklasse schon den Trennungstich der besseren Klasse zieht. Und das will weder der Sozialismus noch der Marxismus. Der Sozialismus kennt keine gesellschaftlichen Gegenätze. So soll es sein. So ist es aber nicht in Rußland.

Die Arbeitslosigkeit im Deutschen Bauergewerksbund. Feststellungsergebnis vom 4. April 1927.

Table with columns: Kreis, Zahl b. Bauern, Zahl b. arbeitslos, etc. Lists data for various regions like Regsb., Danzig, Stettin, Breslau, Berlin, etc.

Die Arbeitslosigkeit ist in der Berichtswache nur wenig zurückgegangen. Bericht haben von 680 Bauergewerkschaften nur 645 mit 325 442 Mitgliedern. (In der Vorwoche waren es 660 mit 326 433 Mitgliedern.) Von diesen waren 65 304 arbeitslos gegen 74 357 in der vorigen Woche. Das sind 20,07% gegen 22,78% in der Vorwoche. Die stärkste Arbeitslosigkeit hat wieder der Bezirk Königsberg mit 60,6%. Dann folgt Danzig mit 39,3% und der Bezirk Köln mit 30,7%. Die geringste Arbeitslosigkeit haben die Bezirksverbände Hannover mit 7,1%, Rostock 10,1%, Bremen 10,7% und Hamburg mit 11,3%. Außer Königsberg, wo die Arbeitslosigkeit noch um 1,8% gestiegen ist, sind alle Bezirke an dem Rückgang beteiligt. In den Hauptberufsguppen nahm die Zahl der Arbeitslosen am stärksten ab bei den Maurern (von 31 498 auf 25 783). Hilfsarbeiter wurden 28 266 (in der Vorwoche 30 727) als arbeitslos gezählt.

Ans der Sozialgesetzgebung.

Denkschrift über die Neuordnung der Rechtsansprüche an Betriebspensionskassen. Die freigewerkschaftlichen Spitzenverbände der Arbeiter und Angehörigen, der AGO, des und der IFA-Bund, haben dem Reichstag und der Reichsregierung zu den Beratungen über die Durchführungsbestimmungen zum Aufwundengesetz eine Denkschrift über die Neuordnung der Rechtsansprüche an Betriebspensionskassen unterbreitet. Sie verweist einleitend darauf, daß



Ihre Macht zerbricht die Internationale der Arbeit.

einbarung widersprochen und wegen der minimalen Lohn-
erhöhung scharf kritisiert. 6. § Lohnverhöhung, statt der
vereinbarten 4. § Lohnverhöhung hätten vom 1. April an
mindestens eintreten müssen und weitere 6. § Lohn-
erhöhung vom 1. September an. Diese Forderungen sind
auch unter den obwaltenden Verhältnissen für die Bau-
arbeiter im Wirtschaftsgebiet Groß-Frankfurt am Main
vollaus berechtigt. Wenn es trotzdem gelang, für die Ver-
einbarung in unsern Vertreterversammlungen eine Mehr-
heit zu bekommen, so nur deshalb, weil die Bauerschaft
in vielen Orten noch nicht voll eingetakt hatte. Heute
wäre an eine Zustimmung nicht zu denken. Durch die
Abkündigung der Vereinbarung vom 11. April haben die
Unternehmer nur Del ins Feuer geworfen. Die volle
Schärfe der gegenwärtigen Auffassung in der Lohnfrage
wird sich — hervorgerufen durch den Wortbruch der Unter-
nehmer — in den nächsten Tagen auswirken und neue
Konfliktstimmungen hervorrufen. Die Abkündigung und
der scharfe Bruch mit der Vereinbarung durch die Unter-
nehmerverammlung wirkt doppelt herausfordernd, weil
sie gerade die Unparteilichkeit besonders für ihr Zustan-
den kommen bezeugt haben. Die Scharfmacher im Baugewerbe
mögen sich merken: die Bauarbeiter lassen sich nicht auf
der Nase herumtanzen, so viel Kampfgeist haben sich die
Bauarbeiter aus früheren Jahren noch bemahrt, um mit
den Scharfmachern fertig zu werden. Dieser Kampfgeist
ist trotz unerhörter Erwerbslosigkeit in den Baugewer-
ben immer noch vorhanden! Die Scharfmacher haben nichts
gelernt und nichts vergessen! Frankfurt am Main,
Darmstadt, Mainz, Wiesbaden und der größte
Teil der Orte im beständigen Bezirk gehören mit zu den
heuersten Bezirken des Reichs. Verspottet wird diese
Lage noch durch die Befragung. Sehr nachdrücklich ist dies
den Unternehmern in den Verhandlungen auseinandergesetzt
worden. Die große Erwerbslosigkeit der Bau-
arbeiter in Hessen im Jahre 1926 — im Jahresdurchschnitt
müßten 26 % der Arbeiter feiern — hat die Lebenshaltung
der Bauarbeiter unerhört herabgedrückt. Schauen wir
auf die Jahre bis 1914 zurück, dann müssen wir feststellen,
daß die Lebenshaltung der Bauarbeiter einmüßig trübselig
ausfiel. Wer die Bauwirtschaft fördern will, muß zu-
nächst durch eine angemessene Lohnverhöhung eine bessere
Ernährung und damit die Arbeitsfähigkeit der Arbeiter
im Rahmen der wirtschaftlichen Verhältnisse, wie sie das
Baugewerbe bedingt, herstellen. Eine ruhige sachliche Ver-
ständigung und eine vernünftige soziale Vereinbarung wäre
dem Baugewerbe bestimmt mehr von Nutzen gewesen als
diese durch nichts begründete und herausfordernde Auf-
hebung der Lohnvereinbarung vom 11. April durch die
Bauunternehmer im Bezirk Frankfurt a. M.

Rheinpfalz. Das Tarifamt für die Pfalz hat am
16. April über die Lohnfrage entschieden. Wegen der Tief-
baufrage und der Ortsklasseneinteilung wurde bis spät in
die Nacht hinein heftig geklärt. Die Unternehmer lehnen
Lohnverhöhungen ab und forderten noch sonstige Ver-
schlechterungen. Von den Stimmen der Unternehmer kam
dann ein Schiedspruch zustande, der befaßt: für Zwei-
brücker wird eine besondere Lohngruppe gebildet. Der
Schiedspruch dieser Lohngruppe ist 3. § je Stunde niedriger
als in der Gruppe I und II. Der Spitzenlohn soll betragen:
als in der Gruppe I und II, für 113, für Hilfs-
arbeiter 94, für Erdarbeiter 91. §. Der Spruch bringt also
arbeiten der Spitze 3. § Lohnverhöhung. Für das Lohngebiet
Zweibrücken und die Tiefbauarbeiter nichts. Der Spruch
ist von den Arbeiterverbänden abgelehnt und von ihnen
Berufung an das Haupttarifamt eingeleitet worden.

**Die für das Gebiet des Nordwestdeutschen
Arbeitsgewerkschaftsbundes (Hannover) und für
Wirtke m e r g g e f ä l l e n e n Schiedsprüche sind von beiden
Parteien inzwischen angenommen. In diesen Gebieten gilt
mit Ausnahme der noch ausstehenden Regelungen der
in einem Bezirksarbeitsvertrag zu erfassenden Punkte die
Lohnverhöhung als abgeschlossen.**

Haupttarifamt. Am 26. und 27. April soll vor dem
Haupttarifamt über die Spitzenlöhne folgender Lohngebiete
entschieden werden: Bezirk Baden und Pfalz, Ostpreußen,
Sachsen, Oberhessen, Provinz Sachsen-Anhalt, Provinz
Brandenburg, Groß-Berlin, Bremen (Unterweser-Ems),
Rheinland-Westfalen, Bezirk Sieg-Rahn, Hessenländer, Ham-
burg (Ziefbauarbeiter), Osterland. Ueber eine Anzahl Lohn-
gebiete liegt bei Redaktionsschluß eine bezirkliche Ent-
scheidung noch nicht vor.

Aus den Baugewerkschaften

Magdeburg. (Otto Richter f.) Am 8. April ver-
starb Otto Richter im Alter von 54 Jahren. In ihm verliert
die Magdeburger Arbeiterbewegung einen ihrer hervor-
ragendsten Vertreter, einen klugen, allseitig tätigen Menschen
von starkem Charakter. In der Jugend war er „Rebell“,
er stand auf dem radikalsten Flügel der Arbeiterbewegung,
bei den „Jungen“ — dem damals der Opposition. Dann ging
er nach Amerika, kam bald wieder, gründete mit Karl Schuch
1891 die Zählstelle des Zentralverbandes der Maurer,
wurde dann aber Lokalist. Doch — ein guter Mensch in
seinem dunklen Orange ist sich des rechten Weges wohl be-
wußt. Auch Otto Richter fand durch Sturm und Drang
den rechten Weg. Er wurde ruhiger, bekannte sich zu prakti-
scher Arbeit und fand dabei für seine Latenluft Raum
und Möglichkeiten. Zunächst in seiner Gewerkschaft, dann
in der sozialdemokratischen und der Genossenschaftsbewe-
gung. Er gründete den Mieter-, Bau- und Sparverein und
leitete ihn als Geschäftsführer große Dienste. Sein Leben
war ein ständiges Bestreben, die Interessen der Arbeiter
unseres Bauhüttenbetriebsverbandes, 1924 trat er in die
Geschäftsleitung der Bauhütte Magdeburg. Auch auf kom-
munalem Gebiete war Otto Richter tätig. 1919 wurde er
in das Magdeburger Stadtparlament gewählt, später wurde
er unbedeutender Stadtrat. So war er auf den sich gesteckten
Gebieten unermüdet tätig, in der Bürgerbewegung, in der Kon-
sumvereinsbewegung, in der Organisation der Maurer und
Bauarbeiter, in der sozialdemokratischen Partei, bis ihn

eine heimtückische Krankheit fällte. Doch die Sache, für die
Otto Richter gewirkt und gekämpft, wird weiterleben. Sein
Andenken aber als das eines braven, zähen Streikers für
die Arbeiterfrage wird unvergessen bleiben!

Magdeburg. Am 15. April hielt unsere Baugewerk-
schaft eine gutbesuchte außerordentliche General-
vertreterversammlung ab. Heinemann wid-
mete zunächst den verstorbenen Kollegen einen Nachruf,
sprach darauf über den Reichsarbeitsvertrag und erstattete
Bericht von der außerordentlichen Bezirkskonferenz. Der
Reichsarbeitsvertrag habe die Zustimmung beider Parteien
gefunden, nun sei es Pflicht eines jeden Bauarbeiters, sich
streng an die tariflichen Bestimmungen zu halten. In der
Aussprache bringt Schöne die Mängel zum Aus-
druck, die in der Regelung der Arbeitszeit und der Löhne
(§ 5) liegen; auch die Ferientage sei gegenüber dem alten
Tarifarbeitsvertrag ungünstiger. Lange und Heinemann er-
warten einen weiteren Ausbau des Vertrages. Je besser
die Organisation ausgebaut sei, desto mehr können auch die
tariflichen Bestimmungen verbessert werden. — Ueber den
Schiedspruch und die Lohnverhandlungen berichtete
Lange. Die Verhandlungen zwischen den Parteien
schleierten an dem Verhalten der Unternehmer, die keine

**Die technische Rationalisierung bedingt auf
die Dauer auch eine Rationalisierung der
Arbeitsbedingungen, eine größere Ergiebigkeit
des Faktors Arbeitskraft durch höhere Löhne
und kürzere Arbeitszeit sowie besseren, von
allen Zwangsvoresstellungen entlasteten Um-
gang zwischen Unternehmern und Arbeitern.
Die Phrase, daß Verkürzung der Arbeitszeit
unbedingt die Erzeugung verringere und die
Preise verteuere, hat sich längst aufgelöst.
Kein Unternehmer von Einsicht und Zukunfts-
hoffnung spricht sie mehr aus. Auch besreitet
niemand ernsthaft, daß Streben nach Verkür-
zung der Arbeitszeit ein starker Antrieb zur
Verbesserung des Erzeugungsrahmens und des
Betriebsverfahrens sein kann. Erfahrungen
im Bergbau und in der Schwerindustrie haben
es bewiesen. Der Zug der Industrie geht auch
in Deutschland ökonomisch durch, die Maschine
zu belasten und den Menschen zu entlasten.
Praktisch ist die Achtstundenschicht dabei, sich
die ganze Wirtschaft zu erobern.**

„Allnische Zeitung“ vom 26. November 1926.

Verständigung wollten. Deshalb mußte das Tarifamt an-
gerufen werden. Hier stellten sich aber wegen Erkrankung
des Vorstehenden erneut Schwierigkeiten ein. Die Parteien
einigen sich dahingehend, Herrn Stadtrat Böhm e als
Vorstehenden zu nehmen. Der Schiedspruch habe die
Forderungen der Bauarbeiter nicht restlos erfüllt. In der
Aussprache wurde von allen Rednern die Tätigkeit der
Verhandlungskommission anerkannt. Der Kassenbericht
gab keine Veranlassung zur Kritik; der Verwaltung wurde
darauf Entlastung erteilt. Zu dem Fall W e r n e s ,
Stadthalle, gab Lange noch bekannt, daß der Vorstehende
des Gewerbegerichts alle Termine abgesetzt habe und neue
Präsident von Amts wegen ansetzen werde. Es sei zu er-
warten, daß die geschädigten Kollegen noch zu ihrem Lohn
kommen. Nachdem noch das Stiftungsfest der Baugewerk-
schaft, das am 23. Juli in sämtlichen Räumen der „Wil-
helma“ stattfinden soll, behandelt war, wurde die gut ver-
laufene Verammlung geschlossen.

**Aus den Fachgruppen
Asphaltierer.**

Barmen-Eberfeld. Unsere Fachgruppe hielt am 2. April
ihre Versammlung ab. Kollege Lav o v s k i be-
richtete über den Abschluß eines Reichsarbeitsvertrages und
kam zu dem Ergebnis, daß er als ein Fortschritt zu be-
grüßen ist. Am 5. April beginnen in Köln die bezirklichen
Verhandlungen, die sich unter anderem mit der Lohnfrage
und der Schaffung von Bezirksarbeitsämtern befassen werden.
Unbedingte Pflicht eines jeden Kollegen ist es, die nächsten
Versammlungen zu besuchen.

Leipzig. Unsere Fachgruppe hielt am 26. März ihre
Generalversammlung ab. Kollege Buch m a n n
erstattete den Jahresbericht. Der Tarif sei nicht gekündigt
worden. Für die am Kompressor beschäftigten Kollegen
wurde eine Lohnverhöhung durchgesetzt, sie erhalten je
Stunde 1,15 M. Die Straßenarbeiter haben freu zur Or-
ganisation gehalten; es ist zu hoffen, daß es auch in diesem
Geschäftsjahr so bleibt. Die wirtschaftliche Lage wird uns
Kämpfe bringen; denn mit den heutigen Löhnen können
wir nicht auskommen. Auch die Plagarbeiter werden es
wohl bald einsehen, daß es ohne Organisation nicht geht.
Es müssen mit uns gemeinsam handeln. Darauf erstattete
Kollege S u h r b a u m den Bericht über die General-
versammlung der Baugewerkschaft. Ein Antrag, der sich
gegen den Kartellvorhaben richtet, wird angenommen.
In die Fachgruppenleitung wurden die Kollegen Buch-
m a n n als Obmann, O e b e r d als Schriftführer gewählt;
zu Generalversammlungsverstrettern wurden Mar k a u-
m a n n, L i n d a u und N e u s e l w i g gewählt. Unter
„Verchiedenes“ wurde nochmals der Fall H i r s c h m e i e r
behandelt, wobei sich die Kollegen Sch ö n e und H e i n z e
in äußerst scharfer Weise gegen ihn aussprachen.

Betonarbeiter.

Hamburg. In der am 14. April abgehaltenen Ver-
sammlung sprach Kollege D a h n k e über das Arbeits-
gerichtsgefeß. Er schilderte einleitend die geschichtliche Ent-
wicklung des Arbeitsprotektrechts und erläuterte dann den
Aufbau, die Zusammenfassung und die Gliederung der neuen

Arbeitsgerichts. Von besonderer Wichtigkeit sei das Ge-
feß für die Gewerkschaften, die nun parteifähig werden und
auch bei der Bezeugung der Gerichte mitwirken würden.
An der Aussprache beteiligten sich P i p i t und S c h i l l e r.
Letzterer stellte den Antrag, den Vortrag als Broschüre
drucken zu lassen, wozu der Referent erklärte, daß bereits
eine Broschüre im Druck sei. — Dann berichtete K r u s e
über die Lohnverhandlungen. Das Ergebnis ist bereits
durch die Tagespresse bekanntgemacht worden. Die Löhne
der Flechter sollen noch durch das Tarifamt entschieden
werden. Die Angelegenheit werde wohl zugunsten der
Flechter erledigt werden, das heißt: Angleichung ihrer
Löhne an den Facharbeiterlohn. Ganz besondere Schwierig-
keiten mache die Frage der Plagarbeiter. Die Versamm-
lung stellte sich auf den Standpunkt, daß es im Baugewerbe
überhaupt keine Plagarbeiter gebe und beauftragte den
Obmann, diesen Standpunkt auch bei den Verhandlungen zu
vertreten. In der Aussprache beschäftigte P i p i t die An-
führungen K r u s e s. W a e r bemängelte noch die Rege-
lung der Löhne für Einschaler.

Feuerungs- und Schornsteinmaurer.

Die Verhandlungen über den neuen Reichslohn-
und Arbeitsarbeitsvertrag, die am 12. und 13. April in Köln
fortgesetzt wurden, sind ebenfalls ergebnislos
verlaufen. Immerhin machten die Unternehmer gegen-
über den Angeboten bei der ersten Verhandlung in
Hannover einige Zugeständnisse. So soll die Karenz-
zeit eines Mauerers am Schornsteinbau statt 1 Jahr nur
noch 1/2 Jahr betragen, aber statt 22 % sollen dann nur noch
20 % über den Grundlohn gezahlt werden. Als Helfer im
Feuerungs- und Schornsteinbau sollen auch die Schamotte-
schleifer gelten, doch sollen die Helfer am Feuerungs- und
Schornsteinbau 30 % über den Grundlohn zu zahlen; die 15 % Zulage auf den
Grundlohn sollen in Zukunft nur solche Schornsteinbelfer
bekommen, die auf der Säule mitarbeiten, während die
unten tätigen Helfer den Grundlohn erhalten sollen. Beim
Gasofenbau wurde zugestanden, daß in Zukunft der Grund-
lohn plus 5 % gezahlt wird, dagegen soll es beim Kokssofen-
bau bleiben wie bisher. Bei den Lohnlagen sollen für
Leberstunden 25 % anstatt wie bisher 15 % gezahlt werden;
der Zuschlag für Arbeiten auf Kunstgeräten soll von 20 auf
25 % erhöht werden; für Abdruckarbeiten am Schornstein
ist man bereit, 25 % Zuschlag zu zahlen, ebenfalls bei Säure-
arbeiten. Bei Reparaturen an Koksöfen sollen statt 2 1/2 %
Zuschlag 5 % gezahlt werden. Aber alle diese Zugeständ-
nisse werden von der Bedingung abhängig gemacht, daß
wir in der Frage der A u s l a s u n g einer ganz erheb-
lichen Reduzierung zustimmen. Bekanntheit hatte man uns
in Hannover erklärt, in Zukunft werde die Auslösung von
2 M je Tag nur an Verheiratete gezahlt. Die Unternehmer
sind allerdings bereit, auch hier weiterzugehen. Als letztes
und äußerstes Angebot wurde der Vorschlag gemacht, den
Verheirateten je Tag 3 M, den Ledigen 1,50 M zu zahlen.
Unsere Verhandlungskommission lehnte das rundweg ab.
Den Unternehmern hatten wir vor dem endgültigen Unter-
nehmerantrag folgendes Anerbieten gemacht: Unter der
Bedingung, daß für den Gas- und Kokssofenbau zugestanden
wird, den Lohn auf 5 % über den Grundlohn festzusetzen,
wird man bereit, von einer Erhöhung der bisherigen Lohn-
sätze Abstand zu nehmen und zuzustimmen, daß die Löhne
in der bisherigen Weise geregelt werden. Wir sind ferner
bereit, für die Dauer des Tarifvertrages die Auslösung auf
den festen Satz von 4 M für Ledige und 4,50 M für Ver-
heiratete je Tag festzusetzen, unabhängig von den eintre-
tenden Lohnverhöhungen. Die bisherige Fassung über die
Helfer im Feuerungs- und Schornsteinbau soll bestehen bleiben mit dem Zu-
satz, daß Schamotteschleifer den Helferlohn erhalten.
Hilfsarbeiter erhalten den Trägerlohn und wo ein solcher
im Baugewerbe nicht besonders vereinbart ist, den höchsten
Lohn der Bauhilfsarbeiter. Helfer im Schornsteinbau er-
halten auf der Säule 15 % Zuschlag zum Grundlohn, auf
Erdgleiche den Grundlohn. — Unsere Verhandlungskom-
mission lehnte die Vorschläge der Unternehmer ab, weil
sie es nicht verantworten kann, den Kollegen in der Aus-
lösungfrage einen solchen Abzug zuzumuten. Wie sich die
Dinge weiter entwickeln, muß abgewartet werden. Am
27. April läuft die Vereinbarung über die Stundenlöhne
ab. In der Zwischenzeit sind durch die bezirklichen Ver-
handlungen auch die Löhne der Maurer gestiegen. So daß
unter Zugrundelegung dieser Erhöhungen vom 27. April an
116,2 % folgen würde. Unterem 16. April hat die Unter-
nehmerorganisation bereits nach Hamburg Anweisung ge-
geben, die Löhne entsprechend zu erhöhen, da dort kein
Einpruch erhoben wurde. Dasselbe trifft für Berlin zu.
Die Löhne betragen vom 14. April an in Hamburg für
Feuerungsmaurer 149 §, Feuerungshelfer 142 §, Schorn-
steinmaurer 169 § (im 1. Jahre 165 §), Schornsteinbelfer
155 §. Inwieweit für die übrigen Gebiete Anweisung er-
gehen wird, wird rechtzeitig bekannt gemacht werden. Es
muß aber auch damit gerechnet werden, daß es nach dem
27. April zu Arbeitseinstellungen kommen wird, wenn bei
der Unternehmerorganisation keine Neigung bestehen sollte,
auf der alten Grundlage zu einem Vertrage zu kommen.
Ein Sonderabkommen in die Auslösung sollen die
Babeock- & Wilcox-Dampfkesel-Werke, W.-O., in
Oberhausen mit ihren Montagearbeitern getroffen
haben. Da uns von den dort beschäftigten Kollegen hier-
über noch keinerlei Nachricht zugegangen ist, erlauben wir
dringend um Bericht.

Frankfurt a. M. In der am 16. April abgehaltenen
Versammlung erstattete Kollege G e b e r t Bericht vom
Reichsfachgruppenrat. Er schilderte in ausführlicher Weise
den Verlauf der Tagung, auf der die Erfahrungen mit dem
Reichsarbeitsvertrag eingehend behandelt wurden. Die sich
ergebenden Mängel und Unklarheiten wurden der Ver-
handlungskommission in Form von Anträgen mit auf den
Weg gegeben. — In der Aussprache wurde auch das Er-
gebnis der Verhandlungen vom 29. März mit durch-
gesprochen. Die Fachgruppenversammlung stellte sich ein-
mütig auf den Standpunkt, daß das Aninnen der Unter-
nehmer mit allen Mitteln abgewehrt werden müsse; dies
um so mehr, weil der Reichsarbeitsvertrag stark verbes-
serebedürftig ist. Die Versammlung sprach der Ver-
handlungskommission ihr volles Vertrauen aus und er-
wartete, daß sie lieber den Vertrag scheitern läßt, als daß

er

Die gar noch Verschlechterungen in Kauf nimmt. Unsere Fachgruppe ist einmütig bereit, sich durch einen Streik die notwendigen Verbesserungen zu erkämpfen.

Jolierer.

Mannheim-Ludwigshafen. In unserer gut besuchten Versammlung am 10. April erlaßte Herr Pappert eingehend Bericht über die Verhandlungen vor dem Zentralstreikgericht. In seinen Ausführungen legte er dar, wie schwierig es sei, in gewissen Fragen des Reichstarifs die Unternehmer und den Schlichter von der Unzulänglichkeit der Erzhornverträge zu überzeugen. Die Unternehmer sowie auch viele Kollegen sind sich nicht darüber im klaren, was das Verfügen von Platten mit Korkkitt bedeutet. Die Unternehmer finden beim Verfügen richtig, daß vor dem Ansetzen der Platten die Stoßkanten mit Kitt beschreiben werden und nach dem Ansetzen die Stoßfugen nochmals von außen mit Kitt abgedichtet werden. Diese Methode ist in der Praxis richtig, aber nach der Fassung des Abtrags im Tarif falsch. Unter Verfügen ist zu verstehen, daß die Stoßfugen von außen mit Kitt überstrichen werden und nicht der Kitt von innen aufgetragen wird. Die Erzhornverträge für Kittarbeit ist viel zu gering und sollte mindestens das Doppelte als in Absatz 2 des Tarifs betragen. In seinen Ausführungen kam Herr Pappert auf einen Antrag der Unternehmer zu sprechen, denen der § 8 des Tarifs nicht weit genug geht. Sie wollen den Paragraphen so gefaßt wissen, daß sie in allen Gebieten im Akkord arbeiten können. Mit ihrem Antrag haben sie ein glänzendes Glaso erlitten. Auch die Tariffrage wurde eingehend besprochen. Die Versammlung ist der Meinung, daß der Reichstarifvertrag gekündigt werden muß. Ferner beschloß sie die Versammlung mit der Frage des Lohnes, wenn die Jolierer von der Montage zurück ins Werk oder ins Lager kommen. Weiter wurden Mißstände bei Henniger & Co. und bei Grünzweig besprochen. Zum Schluß forderte Herr Pappert auf, tatkräftig mitzuwirken am Ausbau unserer Organisation. Jeder Jolierer müsse der Organisation angehören; wer ernten will, müsse auch säen! Sämtliche Bauarbeiter werden ersucht, ein scharfes Augenmerk auf die Jolierer zu richten und überall, wo einer arbeitet, ihm das Mitgliedsbuch oder die Kontrollkarte abzuverlangen. Nur durch Zusammenarbeiten aller Bauarbeiter werden die Indifferenzen der Organisation zugeführt. Unsere nächste Versammlung findet am 8. Mai, vormittags 9 Uhr, im Lokal von Fischer statt. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Steinseher und Kammer.

Dresden. In der am 2. April abgehaltenen Versammlung wurden einmütig zum Fachgruppenobmann Paul Hanke zum Stellvertreter Friedrich und Schriftführer Gebart und Hummel gewählt. Darauf kam zunächst der Ausschluß des Bauarbeiters H. Fäßel zur Sprache. Humme bedeutet die Spaltung in unser Werk, die eine gute Buchkontrolle fast unmöglich macht und mühsel halbtägige Wiedervereinigung beider Gruppen. Rippendorf bemängelt das Verhalten der Kollegen den Hilfsarbeitern gegenüber. Hanke erklärte die Verhältnisse auf der Baustelle Hamburgerstraße, worauf Humme das Verhalten der betreffenden Ratkollegen, die an dieser Angelegenheit beteiligt waren, scharf kritisierte. Mehrer beantragt, daß bei den nächsten Tarifverhandlungen der Zuschlag für Pflasterarbeiten in Zement tariflich festgelegt wird.

Stukkateure und Pußer.

Erneute Reichstarifverhandlungen. Am 24. April beginnen in Leipzig erneut die Verhandlungen über einen Reichstarifvertrag. Sie werden voraussichtlich wesentlich beeinflusst sein durch die Regelung der Tarifverhältnisse im Baugewerbe, so daß man mit Sicherheit damit rechnen darf, daß dem zu schaffenden Verträge von beiden Seiten zugestimmt wird. Der Leistung der Unternehmerorganisation ist kein Zweifel darüber gelassen worden, daß wir zwar auf der Grundlage des alten Vertrages verhandeln, aber auf Änderung einzelner Bestimmungen mit allem Nachdruck dringen würden.

Vordranger Industriegebiet. Hier ist man zu einer Einigung gelangt über die Akkordfrage, während die Lohnfrage bis nach den Leipziger Tarifverhandlungen zurückgestellt wurde.

Halle. (Rössen.) In 2 Betriebsversammlungen bei der Firma Limbinger hatten wir zwar festgestellt, daß kein Kollege im Akkord arbeitet. Trotzdem mußten die Kartstüber und Eisener Kollegen mit übermäßiger Kraft weiser, so daß es den Anschein erweckt, daß gemeinsam mit den Schichtern doch stillschweigend Akkord gemacht wird. In der ersten Versammlung wurden auch 3 Baudelegierte und zum Obmann der Betriebsvertretung Georg Hackenbroug aus Essen gewählt. Dieser brachte es trotz Einspruchs fertig, die übrigen Delegierten zuzufügen, ehe andere Kollegen zur Entlassung kamen, zur Entlassung zu bringen. Arbeitsmangel lag zur Zeit noch nicht vor. Der Delegierte aus Halle hat leider nicht den Bescheidemweg beschritten, weil er sofort wieder in andere Arbeit trat. Die Betriebsvertretung sollte auch dafür sorgen, den achtstündigen Arbeitstag durchzuführen. Von Beginn der Arbeit wurde 9 Stunden gearbeitet. Die Hallenser Kollegen haben von Anfang an nur 8 Stunden gearbeitet. Nichts hat die Betriebsvertretung in dieser Sache unternommen. Allem sollte aber der Obmann die Krone auf, als er, bei Umstellung der Arbeitszeit der Maurer, dem Vertreter der Firma Almeninger erklärte, ebenfalls früher anzufangen, damit 10 Stunden je Tag gearbeitet werden könnte. Nicht genug, daß sie erst durch das Eingreifen der Hallenser Kollegen 1,50 M je Stunde erhielten, nun bieten sie sich auch noch an, 10 Stunden zu schaffen. Das sind die Kollegen, die in den Versammlungen große Töne reden, selbst aber nicht den Mut aufbringen, das Bestehende durchzuführen! Sie sind eben nur auf den eigenen Vorteil bedacht, sichern sich die Position des Obmannpostens, um als letzter in Arbeit bleiben zu können. Leider sind auch die andern noch dort Beschäftigten ebenso eingestellt und machen alles mit. Die Hallenser Kollegen hat man hinausgedrängt, um ganz unter sich zu sein und den Anforderungen der Firma ohne Behelligungen Folge leisten

zu können. Kollegen! So werden wir niemals vorwärts kommen können. Nur Einigkeit und geschlossenes Handeln kann uns helfen.

Kassel. Eine Lohnbewegung der Kasseler Kollegen verlief zu deren Gunsten. Es war die Forderung auf Erhöhung des Lohnes um 15 % gestellt. In Rücksicht auf die in Aussicht stehenden Reichstarifverhandlungen erklärten die Kollegen, die Durchführung der Mehrforderung auf später verschobend, mit einer vorläufigen Zulage von 10 % einverstanden.

Töpfer und Gliezenleger.

Hamburg. In 7 Sitzungen ist mit den Ofensehermeistern von Hamburg, Altona und Harburg ein neuer Akkordtarifvertrag ausgearbeitet worden. Fast schon infolge des Widerstandes der Unternehmer eine glückliche Regelung vereinbart zu kommen: Der Stundenlohn wird wie im Baugewerbe sofort um 7 % auf 1,37 M erhöht. Als Seherlohn bei neuen Öfen werden 1,64 M je Stunde gezahlt. Der alte Akkordtarifvertrag gilt mit einem Aufschlag von 25 % (bisher 20 %) bis zum 29. September weiter. An diesem Tage wird der Stundenlohn um weitere 3 % und der von beiden Parteien ausgearbeitete neue Akkordvertrag um 8 % erhöht. — Mit Abschluß dieser Vereinbarung ist den Wünschen unserer Kollegen zum größten Teil Rechnung getragen. Es wird nunmehr an ihnen liegen, zu beweisen, daß bei einigermaßen vernünftiger Arbeitsweise den Unternehmern nicht der Nachweis geliefert wird, daß die neu vereinbarten Akkordsätze zu hoch sind.

Megnig. Die Verhandlungen wegen eines verbesserten Ofenseherlohntarifs nehmen scharfe Formen an. Es dürfte zum Abbruch der Verhandlungen und damit zum Streik kommen. Die Kollegen im Lande wollen dies beachten.

Magdeburg. Am 9. April fand in Halle eine Versammlung der Leipziger, Merseburger und Hallenser Kollegen teilnehmend. Die Versammlung beschloß sich hauptsächlich mit den Arbeitsverhältnissen auf dem Zeunawerk und beschloß, an die Bezirksleitung wegen Schaffung eines Bezirksstarifs heranzutreten, damit die unterschiedliche Bezahlung auf dem Zeunawerk aufhöre.

Meißen. Der Vornahme des Nr. 15 des „Grundstein“ genannten Jahrs ist Oskar. Wir geben dies bekannt zur Unterzeichnung von Kollegen gleichen Namens.

Steinan a. O. Der Obmann unserer Fachgruppe, Johann Moreth in Döhrenfurth, wohnt Kurassersstraße 131

Tätige Werkstättenarbeiter für Kacheln und Simstzeug stellt ein
A. Hoffmeister, Dienstadt, Wlogau.

Wünschen, jungen Ofenseher für Baucarbeit stellt sofort ein
W. Hübner, Schreinermeister, Wittenburg (Westen-Schwerin).

Vom Bau

Düren-Euskirchen. (Schwerer Baunfall.) Am 1. April wurden an dem Neubau des Kneippheim in Mühlreife durch einfallende Erdmassen zwei Kollegen verunglückt. Unser Kollege Geratz wurde so schwer verletzt, daß er am 4. April im Krankenhaus in Bonn seinen Verletzungen erlag. Kollege Hochhärtel ist leichter verletzt worden. — Die Ausschachtungsarbeiten werden als Notstandsarbeiten ausgeführt. Der Verwalter des Bauauschusses des Euskirchen hat für 30 % des Tiefbauarbeiterlohnes = 56 % als Grundlohn festgelegt. Dazu hat er großzügig den Arbeitern die Möglichkeit gegeben, durch Akkordarbeit 25 % mehr zu verdienen. Diese Akkordarbeit ist dazu angetan, das Interesse der Arbeiter herabzusetzen. Die Arbeiter sind durchweg Monate, teilweise sogar jahrelang erwerbslos gewesen und daher leicht geneigt, drauflos zu schaffen, um wenigstens den Tariflohn von 70 % zu verdienen. Dabei werden die Unfallverhütungsvorschriften sehr leicht genommen. Ob an diesem Unfall Mangel an Arbeitsmaterial die Schuld trägt, muß erst die Untersuchung ergeben. Unsere Bauwerkerschaft hatte seinerzeit gegen den Beschluß des Verwaltungsausschusses Beschwerde beim Landesarbeitsamt und bei der Reichsarbeitsverwaltung eingelegt. Das Landesarbeitsamt teilt uns nun mit, daß keine Veranlassung vorläge, den Beschluß des Verwaltungsausschusses aufzuheben.

Allgemeine Rundschau

Stärkerer Rückgang der Erwerbslosigkeit. In der zweiten Märzhälfte sank die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge um 305 000 oder 21,2 %. Die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger ist in der Zeit vom 15. März bis 1. April 1927 von 1 222 000 auf 946 000 gesunken, die Zahl der weiblichen von 214 000 auf 185 000, die Gesamtzahl mithin von 1 436 000 auf 1 131 000. Der Monat März brachte einen Rückgang der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge um 335 000. In diesen Ziffern ist allerdings nicht einschließlich, wieviel Erwerbslose der Ruffürsorge übermittlelt wurden, da dies nur in der Mitte des Monats festgelegt wird. Der Rückgang der Erwerbslosigkeit in diesem Umfang ist zum Teil aus der Frühlingsaison erklärlich. Landwirtschaft und Baugewerbe nehmen größere Arbeitermassen auf. Aber auch andere Gewerbebezüge vermehren ihre Belegschaftsziffern zu vermehren.

Submissionsblüten. Vom Marinbauamt Wilhelmshaven wurden die Erd- und Betonarbeiten für 36 Wohnungen ausgeschrieben. 12 Firmen hatten ihre Offerte gemacht. Die Mindestforderung betrug 39 169,55 M, die Höchstforderung 69 930 M. Der Unterschied betrag also nicht weniger als 30 760,45 M. Für Höchstfordernde verlangte also rund 75 % mehr. — Noch herrlichere Blüten gab es in Weimar, wo für Ausschachtungsarbeiten in den Schwannsee-Anlagen der Höchstfordernde 99 000 M und der Mindestfordernde 31 000 M verlangte. Der Unterschied von 68 000 M ist also mehr als doppelt so hoch als die Mindestforderung. Unsere Kollegen sollten solche

„Submissionen“ zu denken geben; denn diese „billigen“ Unternehmer wollen sich an den Arbeitern schadlos halten. Es werden ihnen nicht nur die überhöhten Leistungen zugemutet, sondern auch hinsichtlich des Bauarbeiterlohnes wird auf alle mögliche Art und Weise gepart. Unsere Kollegen müssen durch Einigkeit und straffe Organisation auf den Baustellen die Ausbeutungsgelüste der Unternehmer zunichte machen! Kein Kollege lasse sich vom Unternehmer zum Antreiber seiner Klassengenossen machen! Nur durch ein menschenwürdiges Arbeitssystem kann der Schmutzhonkurrenz der Unternehmer ein Ende bereitet werden. Dringend nötig ist auch die strikte Beachtung der Unfallverhütungsvorschriften; denn gerade in der holligen und unmenslichen Arbeitsweise sind sehr viele Unfälle begründet.

Die Zusammenschlußbewegung im Baugewerbe. Die fortschreitende Zusammenschlußbewegung in der Bau- und Baustoffindustrie geht aus einer von Großbanken veröffentlichten Aufstellung für das erste Vierteljahr 1927 hervor. In der Baustoffindustrie fusionierten im Februar die Schamotte- und Dinamwerke Birsfeld & Ritter A.-G., Erkrath bei Düsseldorf, mit den Rheinisch-Westfälischen Silika-Schamotte-Fabriken A.-G., Köln-Mülheim. Ferner schlossen sich mit Wirkung vom 1. April die Bafalt-Werke A.-G., Einz, die A.-G. Eisfelder Steinwerke, Eisfeld, die Dolerit-Bafalt A.-G., Köln, die Westerbaldbrüche A.-G., Bonn, die Firma Adrian, Oberkassel, die J. Koch A.-G., Dillenburg, die Oberwälder Hartstein-Industrie, Darmstadt u. a. zu der Bafalt-Union E. V., Bonn, zusammen zwecks gemeinsamer Verwertung von Bafaltsteiner. In der Baustoffindustrie fand im März die Gemeinschaftsgründung der mit der Julius Berger Tiefbau A.-G., Berlin, in Interessengemeinschaft befindlichen Kell & Löber A.-G. für Hoch- und Tiefbau, Leipzig, und der Sächsisch-Thüringischen Portland-Zement-Fabrik, Prüssing & Co., K. O. A. u. z. Gschwend, statt unter der Firma Eurvria Baugewerkschaft m. b. H. zum Zwecke der Durchführung von Straßenbauten usw., insbesondere unter Verwendung von Spezialmaterial. Ende März wurden die Verhandlungen zwischen der Grün & Wilsinger A.-G. in Mannheim und der Magdeburger Bau- und Kreditbank in Magdeburg aufgenommen, die auf eine Annäherung in der Form hinauslaufen, daß beide Gesellschaften Aktienpakete miteinander austauschen. Durch die Zusammenarbeit wird eine gegenseitige Ergänzung der beiden Gesellschaften insofern ermöglicht werden, als die Grün & Wilsinger A.-G. in der Hauptstadt Brücken- und Tiefbau, die Magdeburger Gesellschaft dagegen Hochbau betreibt. Von Zusammenschlüssen ist ferner zu erwähnen die Gemeinschaftsgründung der Breslauer Baubank, Breslau, der Handels- und Boden A.-G., Berlin, der Leipziger Immobilien-Gesellschaft, Bank für Grundbesitz A.-G., Leipzig, und der Süddeutschen Immobilien-Gesellschaft, Frankfurt am Main, unter der Firma Vereinigte Grundstücks-Gesellschaften A.-G., Berlin, zwecks Durchführung von Grundstücksgeäften und sonstigen zu Gemeinschaftsgeäften geeigneten Transaktionen.

Die Tätigkeit des Kartellgerichts. Im Anschluß an die im November 1923 ergangene Verordnung über Kartelle und ähnliche Organisationen wurde auch ein Kartellgericht gebildet. In einer jetzt dem Reichstag unterbreiteten Denkschrift wird über die bisherige Tätigkeit des Kartellgerichts Bericht erstattet. Vom November 1923 bis zum 1. Januar 1927 waren insgesamt 1771 Kartellsachen anhängig. Daran waren insgesamt 399 Verbände beteiligt. 663 Fälle fanden außergerichtliche ihre Erledigung; 44 kündigende Firmen haben sich vor dem Kartellgericht verständigt. In 200 Fällen hat das Kartellgericht entschieden. Ueber Kündigungen der Kartellverträge entschied das Gericht in 148 Fällen, wobei 61 Kündigungen für zulässig, 87 für unzulässig erklärt wurden. Der Bericht über die Tätigkeit des Kartellgerichts beweist zur Genüge, daß ein solches Gericht notwendig ist. Die Kartelle nehmen im deutschen Wirtschaftsleben eine so große Stellung ein, daß ein Organ vorhanden sein muß, mit Hilfe dessen der hemmungslosen Kartellwirtschaft Zügel angelegt werden können. Das Kartellgericht hat in der Zeit seines Bestehens sehr milde Urteile abgegeben. Die Kartelle können sich also über das Vorgehen dieses Gerichts wenig beklagen. Aber einer Aufhebung, wie sie teilweise von den betroffenen Verbänden verlangt wird, ist auf das Entschiedenste zu widerprechen.

Genossenschaftlicher Wohnungsbau im russischen Donez-Bassin. Der „Erd“ Nr. 74 vom 2. April meldet: „Am 1. Oktober 1925 gab es im Artemowischen Kreise sechs Wohnungsbaugenossenschaften mit 1688 Mitgliedern. Nach einem Jahr war die Zahl der Genossenschaften auf 14 und die Mitgliedschaft auf 2410 gewachsen. Im Jahre 1926 bauten die Genossenschaften 25 Häuser mit 182 Zimmern, die gegen Ende des Jahres zu 91 % fertiggestellt waren. Im Jahre 1927 besteht die Woiwodschaft 123 Häuser zu erbauen. Viele Zunahme des Wohnungsbaues ist an sich eine sehr erfreuliche Erscheinung, jedoch muß man in diesem Zusammenhang die Frage aufwerfen, welche Arbeiterkategorien in der Lage sind, die Wohnkosten des genossenschaftlichen Wohnungsbaues zu genießen. Nach der Höhe des Verdienstes gliedern sich die Mitglieder der Baugenossenschaften wie folgt: 23 % verdienen weniger als 50 Rubel im Monat; 51 bis 80 Rubel verdienen 44 %; 81 bis 100 Rubel 17,7 % und mehr als 100 Rubel verdienen 10,3 %. (1 Rubel ist seiner Kaufkraft nach 1 M gleich.) Faßt man aber die Gesamtheit der Arbeiter- und Angestelltenkategorien des Artemowischen Kreises ins Auge, so ergibt sich, daß ungefähr die Hälfte der Gesamtbevölkerung ein Verdienst von weniger als 50 Rubel im Monat hat. Daraus folgt, daß für die weniger verdienenden Arbeiter die Wohnungen der Genossenschaft ungenügend sind; denn die Kosten einer Wohnungsschleife von 1 Quadradrast betragen 3,60 Rubel, woraus sich ergibt, daß die Wohnungsmiete für eine Wohnung in der Größe von 10,5 Quadradrast im Durchschnitt 38 Rubel im Monat ausmacht. Es fragt sich nun, ist ein Arbeiter mit einem Monatsverdienst von 50 Rubel in der Lage, für seine Wohnung 76 % seines Verdienstes aufzuwenden? Das ist selbstverständlich nicht der Fall und die Wohnungsbaugenossenschaften sind daher nur in der Lage, den besitztitulierten Teil der Arbeiterkategorie mit Wohnungen zu versorgen.“

Der Dammbau nach Sylt.

11 Kilometer durch das Wattenmeer.

In der jüdisch-holländischen Westküste geht eine Kulturarbeit der Vollenbung entgegen, die gewürdigt zu werden verdient: der Bahnbau von Niebüll nach Sylt. Seitdem nach der Volksabstimmung im Jahre 1919 der nördliche Teil von Schleswig-Holstein an Dänemark gekommen ist, steht vor dem deutschen Gebiet aus jeder zuverlässigen Verbindung nach der Insel Sylt. Wer nach Sylt will, muß durch dänisches Gebiet. Ein wesentlicher Grund, den Damm nach Sylt zu schaffen.

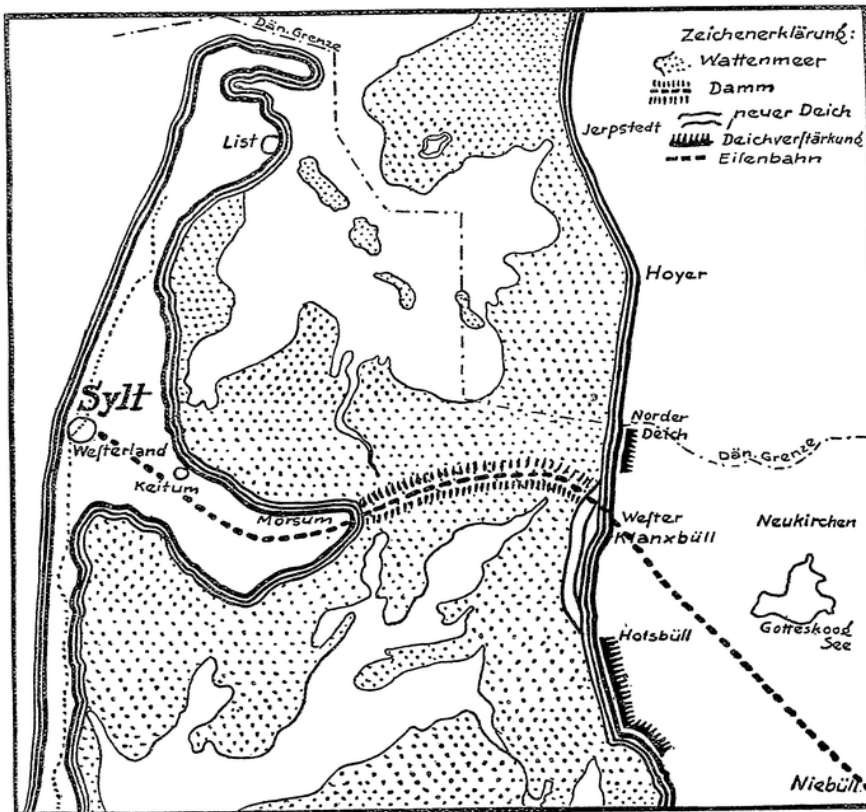
Der Plan einer Bahnverbindung mit Sylt auf festem Damm ist nicht erst vor einigen Jahren entstanden. Bereits vor dem Kriege wurden aus strategischen Gründen die ersten Skizzen dazu entworfen. Bald wurden die Vorarbeiten begonnen, Probebaggerungen im Wattenmeer ausgeführt, und

lichem Hochwasser und Niedrigwasser beträgt an dieser Stelle des Wattenmeeres 1,70 Meter. Die höchste Sturmflut geht bis 3,50 Meter über den gewöhnlichen Wasserstand. Man hat deshalb die Krone des Dammes auf ungefähr 6 Meter über den gewöhnlichen Hochwasserstand und 1/2 Meter über den Höchstflutstand gelegt.

Der Bau des Dammes ging unter außerordentlichen Schwierigkeiten vor sich. Die eigentlichen Bauarbeiten begannen auf der Festlandseite vom Wasser aus. Riesenbagger und Spüler, die mit Dampfkraft getrieben wurden, traten in Tätigkeit, um aus dem Watt den Boden aufzulösen und zum Damm aufzuspülen, verständlicher, aufzulösen. Die große Sturmflut vom Jahre 1923 zeigte jedoch, daß man sich gegen die Stürme mit den Fluten viel zu leicht vorgewagt hatte. Sie vernichtete mit gewaltigen Wellenschlägen alles bisher Geschaffene, und die Bauleitung mußte sich zu einer sehr viel komplizierteren neuen Bauweise entschließen. Um für die

gemacht und bald darauf Bauzüge mit Basaltsteinen und Bettungsmaterial auf diesem Wege vom Rangierbahnhof in Klanzbüll nach der Insel gebracht werden konnten. Zunächst wurde der Bau mit verhältnismäßiger Beschleunigung durchgeführt und der noch notwendige Boden von über zwei Meter über gewöhnlichem Hochwasser bis zur Krone, das waren vier Meter, aufgeschüttet. Der Boden wurde teils auf dem Festlande, teils auf Sylt mit Trodenbaggern gewonnen, und mit Bauzügen zu den Verwendungsorten geführt. Eine Transportarbeit, zu der täglich 60 Schmalpurgzüge zu 25 Kippwagen erforderlich waren. Von 1500 Arbeitern wurde in der Hochbetriebszeit im letzten Baujahr 1925/26 eine tägliche Gesamtleistung von 15 000 bis 20 000 Kubikmeter erzielt. Die Erarbeiten wurden zum Teil in eigener Regie von der Reichswasserstraßenverwaltung und zum Teil von privaten Firmen ausgeführt. Die Pfahlarbeiten, die durchweg in eigener Regie der Reichswasserstraßenverwaltung ausgeführt wurden, erforderten einen jährlichen Aufwuchsbedarf von 60 000 Tonnen Basaltsteinen und 40 000 Tonnen Bettungstoffen. Um den Bauhof für den Bahndamm herbeizuführen, mußten auf dem Rangierbahnhof der Bauverwaltung Klanzbüll täglich 100 Eisenbahnwaggons entladen werden. Heute werden nur noch die zur Fertigstellung der Eisenbahnstrecke und zur Befestigungsarbeiten erforderlichen Baustoffe transportiert, und auf dem Damm Bettungen gelegt und Schienen vorgelegt. Nur noch 500 Arbeiter sind, vorwiegend am Eisenbahnbau, beschäftigt; denn die Arbeit geht der Vollendung entgegen.

Wichtig schiebt sich der geschlossene Damm ins Wattenmeer hinein, hinüber nach Sylt, das im Sonnenchein in seinen Umrisen vor uns liegt. Wer von Niebüll aus nach Klanzbüll geht, gemahnt zunächst von alledem gar nichts. Auf den Marschweiden weiden die Schafe in beständiger Ruhe, durch einen dicken Wollschopf gegen Kälte und Feuchtigkeit geschützt. Menschen begegnen man eine Stunde hindurch überhaupt nicht, auf unübersichtlichen Weiten liegt hier und da ein Hof. Zugvögel, die nach dem Norden zurückkehren, streifen durch die Luft, als suchten sie nach einem Nenn für den Sommer. Sonst überall Ruhe. Da faßt auf dem Bahndamm ein Eisenbahnzug nach Westen hin, den Deichen entgegen, die sich dort erheben. Die Menschen steigen aus. Das Material wird weiter befördert. Der Fremde weiß nicht recht wohin. Doch bald ist er auf der Höhe des Deiches angelangt, blickt in die Tiefe und sieht in geringer Entfernung einen weiteren Deich, der erst in den letzten Jahren entstanden ist. Der Fremde steht auf dem alten Deich, den vor wenigen Jahren noch die Fluten des Meeres umspülten, und sieht zu seinen Füßen einen Rangierbahnhof vom Umfang eines Eisenbahnbetriebsfeldes in einer betriebsreichen Mittelstadt mit fauchenden Lokomotiven, fließender hauseigener Stein- und Bettungshöfen, Wohnbaracken, Bauarbeiten und über allem die Spitze des Eisenbahndammes, der über den neuen Deich nach Sylt führt. Alles im Schutze des neuen Deiches, der neues Land dem Meere abgewann, um den Dammbau zu ermöglichen, der nicht nur der Beförderung von Personen und Gütern nach der Insel, sondern zugleich auch wieder der Landgewinnung dienen soll. Noch wütet das Meer gegen den Vorstoß des Menschengeistes und der Menschkraft. Im Oktober 1926 brauste eine Sturmflut herüber, die Schäden am Dammbau anzurichten vermochte. Aber der Schaden war gering; und doch werden, um gegen die Gewalt der Fluten noch gesicherter zu sein, Verstärkungsarbeiten ausgeführt. Der Damm wird tiefer. Und wenn von Nordwest und Südwest die Sturmfluten tosen werden, weil sie der Damm nach Sylt bricht, so wird das bezwecklich sein. Auf weite Strecken hin, etwa in der Länge des Dammes, sind die Deiche verstärkt und ein neuer Deich ist gezogen worden, in dessen Schutz heute noch der Rangierbahnhof und die Baracken liegen, und hinter dem in nicht allzu ferner Zeit frische Bauern Landwirtschaft treiben werden. Gewiß, in den D-Tagen, die dann an alledem vorüber in 40 Minuten von Niebüll nach Westerland fahren, werden selten Leute aus dem arbeitenden Volk gesehen. Vor allem im Sommer werden sie von den Reichsten der Reichen und von hochbegabten Angestellten besetzt sein. Der Dammbau, der dort oben an der Westküste geschaffen worden ist, ist ein Kulturwerk, geschaffen von Kolonialisten, unter Anspannung aller Kraft, unter Gefahren für Gesundheit und Leben, und ein starker Gegenwärt zum Schutze der deutschen Nordmark, deren größte und schönste Insel jetzt fest mit dem Wattenland verbunden ist.



auch Deichbauarbeiten in Angriff genommen. Der Weltkrieg durchkreuzte jedoch alle Pläne und Vorarbeiten. Während des Abstimmungstempes in Nordholstein, in dessen Verlauf sich zeigte, daß der Norden bedroht war, ist der Sylter Weidewirtschaft dann der Dammbau versprochen und schließlich ausgeführt worden. Die eigentliche Arbeit begann 1922 mit dem Bahnbau Niebüll-Klancbüll, der erforderlich war, um Material für den Dammbau heranzubekommen. 1923 folgten dann die ersten Versuche, im Wattenmeer einen festen Dammbau nach Sylt zu schaffen, und im Herbst 1926 konnte der Damm geschlossen und mit dem Vortreiben der Schienen begonnen werden. Mit dem Damm wird eine Eisenbahnlinie von Niebüll nach Westerland geschaffen, die 40 Kilometer lang ist. Der Damm durch das Wattenmeer mißt 11 Kilometer. Um ihn zu bauen, wurden Erdbehebungen von sehr erheblichem Umfange nötig. Jeder Meter, den man ins Wattenmeer vortrieb, erforderte eine Erdbewegung von 300 Kubikmeter. Im ganzen sind 3,3 Millionen Kubikmeter Erde bewegt worden. Das ist so viel, wie in 5000 Eisenbahnwaggons zu 60 Waggons beladen werden können. Der Damm ist in der Sohle 50 und in der Krone 11 Meter breit. Vorgezogen ist der Sohle ein Eisenbahngleis. Vom Gesichtspunkt der Eisenbahnverwaltung aus verständlich, die in der Wadesaison das Monopol für den Verkehr nach Westerland haben will. Aber schließlich trägt doch die Eisenbahnverwaltung nur drei Viertel der Baukosten. Das letzte Viertel trägt Preußen, allerdings in der Erwartung, daß sich durch den Dammbau dort neues Land ansetzt. Über bis das geschieht, wird geraume Zeit verfließen. Während das von der Eisenbahnverwaltung eingeholtene Kapital sich bereits in dieser Wadesaison zu verzinsen beginnt trägt der preussische Staat und somit die Gesamtbevölkerung zunächst einmal finanzielle Lasten, ohne einen Vorteil davon zu haben. Die Anlegung eines Fußweges wäre dafür nur recht und billig.

Um das Baumwerk gegen die zerstörende Gewalt der Fluten zu schützen, sind die Böschungen des Dammes bis zu zwei Meter über den gewöhnlichen Hochwasserstand mit Basaltsteinen ausgelegt und oberhalb des Pfahlers mit Gras- und Weiden bepflanzt. Wegen Hochwasser ist der Damm im Hinblick auf die Erfahrungen im Verlauf der Bauzeit sehr gut gesichert. Der Unterschied zwischen gewöhn-

lischer Arbeit vor Sturmfluten zu schützen, wurde zunächst vom Festlande nach der Insel, bis zur Höhe von 30 Zentimeter über gewöhnlichem Hochwasser, eine mit kräftiger Stein- und Holzschüttung verbundene Holzbohle gezogen. Um sie zu schützen, wurden ganze Wälder abgeholt, deren in Reihen zu vieren stand Baum an Baum, um den Dammbau gegen die Stürme von Süden her zu sichern und zu schützen. Diese Spundwände war aber sehr nur dazu da, den Bau zu schützen, sondern auf sie wurden auch die Schienen gelegt, auf denen die Arbeitzüge verkehrten, um Material von den Rangierbahnhöfen auf dem Festland und auf der Insel herbeizuführen. Auf der Südseite schützte die Spundwand den Dammbau, auf der Nordseite war Strauchwerk, durch große Pfähle festgehalten, um zwischen den beiden Seiten hin Schutz zu gewähren. Und nun ging, nach beiden Seiten hin geschützt, der Bau des Dammes vor sich. Einige Dubend Riesenbagger wurden in Tätigkeit gesetzt und füllten den Raum zwischen diesen beiden Wänden mit aus dem Wattenmeer ausgeaugten Boden auf. Das mußte sehr schnell gehen. Schon einmal hatte eine Sturmflut alles vernichtet. Das Einrammen der Pfähle, das Legen der Schienen, das immer weitere Vordringen in das Wattenmeer von der Insel und vom Festland aus brachte, wenn man zu einem positiven Ergebnis kommen sollte. Auf Schiffe wurde das Material herangezogen. Die Arbeiter waren auf Wohnschiffen untergebracht und durften nachts nicht vom Meer herunter. Tagsüber standen sie in großer Zahl in Gummianzügen im Wasser und zimmerten oft noch, wenn oben über ihren Köpfen bereits ein Arbeitszug mit 25 Kippwagen im Voll- dampf hinwegsauste. So konnte der Dammbau vorwärts- geschritten werden, weil alle Erdb- und Flutströmungen durch den doppelten Schutz abgegrenzt waren. Es gelang schließlich, den Fuß bis zwei Meter über gewöhnlichem Hochwasser aus dem Wattenmeer aufzuspülen und die Böschungen durch Basaltpfahler gegen die Flut zu sichern. Schon im Jahre 1924 war ein wesentlicher Teil der Grundarbeiten verrichtet.

Im Jahre 1925 wurde ohne jede größere Störung gearbeitet, und im Herbst war der aus dem Wattenmeer aufgeschüttete Damm von zwei Meter über gewöhnlichem Hochwasser an seinen Böschungen soweit durch Basalt befestigt, daß die erste Fahrt nach Sylt mit einer Schmalpurolokomotive

Genormte Baubuden. Die Berliner Bauhütten haben genormte Baubuden eingeführt, die sich ganz besonders gut bewährt haben. Sie bestehen aus genormten gleichgroßen Platten, die auf eine einfache Weise zusammengeklappt werden können. Platten, die zu einer Wunde gehören, sind nummeriert, damit sie jederzeit leicht zusammengefunden werden können. Da sie aber genormt sind, können sie jederzeit, wenn die Notwendigkeit besteht, verkauft werden. Innerhalb dieser genormten Baubuden werden zwei Typen unterschieden: 1. Mannschiffbuden, bei denen die Platten doppelt verchalt sind (außen und innen); 2. Materialbuden, bei denen die Verchaltung nur einfach (innen) ist. Die Vorteile sind: kein Holzverschleiß, infolgedessen kein Materialverlust; leichte und rationale Verladung; leichter Aufbau und Zerlegung; einfache Größenänderung (in der Länge); einfache Unterteilungsmöglichkeiten innerhalb der Wunde. Die Arbeiterpartnerschaft beim Aufbau und Abbruch gegenüber den nicht genormten Baubuden ist etwa 50 %, den sonst üblichen Materialverlust nicht eingerechnet. Außerdem muß noch erwähnt werden, daß die gesamte Einrichtung ebenfalls genormt und zusammenklappbar ausgeführt ist.

„Das Baumwerk“. Jeder Kollege sollte seine berufliche Erfahrung durch das Studium sachlicher Wissenschaft vertiefen. Unser Bundesfachblatt „Das Baumwerk“ gibt jedem die Möglichkeit hierzu. Es kostet für unsere Mitglieder vierteljährlich nur 1,50 M.